DIE ZEIT IST REIF FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT!

„Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. Sie ist das Recht auf Schutz vor schädlicher Ernährung. Sie ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne. Sie verteidigt das Wohlergehen kommender Generationen und bezieht sie ein in unser vorsorgendes Denken. Sie ist eine Strategie des Widerstandes und der Zerschlagung derzeitiger Handels- und Produktionssysteme, die in den Händen multinationaler Konzerne liegen. Die Produzierenden sollen in ihren Dörfern und Ländern ihre Formen der Ernährung, Landwirtschaft, Vieh- und Fischzucht selbst bestimmen können. Ernährungssouveränität stellt lokale und nationale Wirtschaft und Märkte in den Mittelpunkt. Sie fördert bäuerliche Landwirtschaft, Familienbetriebe sowie den traditionellen Fischfang und die Weidewirtschaft. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch der Lebensmittel müssen auf sozialer, wirtschaftlicher und umweltbezogener Nachhaltigkeit beruhen. Ernährungssouveränität fördert transparenten Handel, der allen Völkern ein gerechtes Einkommen sichert und den Konsument*innen das Recht verschafft, ihre Nahrungsmittel zu kontrollieren. Sie garantiert, dass die Nutzungsrechte auf Land, auf Wälder, Wasser, Saatgut, Vieh und Biodiversität in den Händen jener liegen, die das Essen erzeugen. Ernährungssouveränität bildet und stützt neue soziale Beziehungen ohne Unterdrückung und Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, Völkern, ethnischen Gruppen, sozialen Klassen und Generationen.“ *Nyeleni-Deklaration 2007*

„Das moderne Lebensmittelsystem wurde von einer Handvoll privilegierter Menschen geschaffen. Ernährungssouveränität besteht darauf, dass dies illegitim ist, weil die Gestaltung unseres Gesellschaftssystems nicht das Privileg von Wenigen, sondern das Recht von Allen ist.“ *Raj Patel*

Impressum

Die Broschüre ist für einen freien Beitrag zu erstehen (Richtwert: 2,00 €).
Die Einkünfte dienen der Bezahlung der Broschüre und kommen weiteren Projekten bzgl. Ernährungssouveränität zugute.

Zu Bestellen bei AgrarAttac: agrarattac@attac.at

Online unter:
http://www.viacampesina.at
http://www.attac.at/agrar

Creative Commons Lizenz

Zweite überarbeitet Auflage, Oktober 2013

Herausgeberin: AgrarAttac

Redaktion: Franziskus Forster; Magdalena Heuwieser und Julianna Fehlinger

Layout: Isabella Zieritz und Katharina Forster

Zeichnungen: MUCH Unterleitner
(Abdruck mit freundlicher Genehmigung von der ÖBV)

Druck: Rema-Print

Vielen Dank für die freundliche Unterstützung des Agrarbündnis (Bündnis von KonsumentInnen, Bäuerinnen und Bauern) sowie von:

Gefördert durch die ÖH Uni Graz

Gefördertes Sonderprojekt der HochschülerInnenschaft an der Universität Wien

http://oeh.univie.ac.at

Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!

Editorial

Alle Menschen müssen essen. Das Recht auf Nahrung steht allen Menschen zu und doch wird es vielen verwehrt. Um die Zukunft der Ernährung wird derzeit heftig gerungen. Weltweit treten soziale Bewegungen für Ernährungssouveränität ein: Eine „Welt ohne Hunger", das Gute Leben für alle ist die Perspektive.

Das erste globale Nyeleni-Forum zu Ernährungssouveränität fand 2007 in Mali statt. Deutlich wurde damals die Notwendigkeit, dass es auch in Europa eine starke Bewegung braucht, da gerade hier großer Veränderungsbedarf besteht. Deshalb fand 2011 in Österreich das erste europäische Nyeleni-Forum statt. Um die Bewegung für Ernährungssouveränität weiter zu stärken wird von 13. – 17. April 2014 das erste österreichische Forum für Ernährungssouveränität in Goldegg (Salzburg) statt finden. (www.ernährungssouveränität.at)
In diesem Kontext entstand auch diese überarbeitete, aktualisierte und erweiterte 2. Auflage der Broschüre. Sie soll die bestehenden Bewegungen bei uns sichtbar machen und zur Reflexion und zum Austausch beitragen.

Wir hoffen, dass diese Sammlung von Ideen, Ansatzpunkten und Alternativen spannende Einblicke ermöglicht, Horizonte erweitert und nicht zuletzt auch motiviert. Auf den letzten Seiten befinden sich darum einige Literaturhinweise und Links zum weiterlesen, vernetzen und aktiv werden.

Ein großes Dankeschön möchten wir den Autor*innen der Artikel aussprechen, welche allesamt als Bäuerinnen und Bauern, Aktivist*innen oder Wissenschafter*innen aus der Bewegung für Ernährungssouveränität kommen oder ihr nahe stehen. Auch bei der Layouterinnen und der Grafikerin möchten wir uns für die kreative Gestaltung bedanken. Wir bedanken uns natürlich auch bei den Unterstützer*innen (siehe Impressum) und der Bundesvertretung der ÖH für die finanzielle Unterstützung.

Die Redaktion, Wien im Oktober 2013

***Franziskus Forster, Magdalena Heuwieser** und **Julianna Fehlinger** sind aktiv bei AgrarAttac und in der Bewegung für Ernährungssouveränität.*

INHALTSVERZEICHNIS

Ernährungssouveränität: Globalize Struggle! Globalize Hope! ... 3

Kleinbäuer*innen ernähren die Welt ... 6

Krisen, die imperiale Lebensweise und darüber hinaus ... 8

Alles grün, alles gut? Green Grabbing und die Finanzialisierung der Natur ... 11

Einmischen statt beimischen! Agrartreibstoffe gefährden das Recht auf Nahrung ... 13

Für das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben ... 15

Saatgut-Freiheit: Ein Thema muss Kreise ziehen ... 18

Super Markt / Oder: Wen erschlägt der Tiefpreishammer? ... 20

Machtkonzentration in der Lebensmittelindustrie ... 22

Lebensmittel für die Mülltonne ... 24

Deklaration von Nyéléni Europa (Krems 2011) ... 26

… und in der Stadt ... 30

Die Strategie der krummen Gurke in der Gartencoop Freiburg ... 32

Erfolgsgeschichte Foodcoops? ... 34

Biolandwirtschaft = Bäuerliche Landwirtschaft? ... 36

Ernährungssouveränität und die Gemeinsame Agrarpolitik der EU ... 38

Ich möchte einen Hof bewirtschaften, ohne einen Bauern zu heiraten! ... 40

Land-frei-kaufen – Kollektives Landwirtschaften absichern ... 42

Rechter Rand am Land? ... 44

Literatur, Links, Kontakte...
...zum weiterlesen, vertiefen und aktiv werden ... 48

Ernährungssouveränität: Globalize Struggle! Globalize Hope!

Machen wir ein kleines Gedankenexperiment: Stellen wir uns vor, wir haben eine Glaskugel vor uns, die uns über einen Zauber ermöglicht, die konkreten Geschichten zu sehen, die in Lebensmitteln enthalten sind. Nicht nur die abstrakten wie „Lebensmittelkilometer“ oder auch den „ökologischen Fußabdruck“, obwohl die auch sehr wichtig sind. Nein, die wirkliche Geschichte der Dinge. Wir könnten die konkreten Personen sehen, die an ihrer Herstellung beteiligt sind. Auch diejenigen, die erstere versorgen, während sie diese Dinge herstellen. Und diejenigen, die dadurch zu kurz kommen, *weil* diese Dinge *auf diese Art und Weise* hergestellt, verteilt und konsumiert werden.

Es würde sichtbar, wie weit und vielfältig unser Lebensmittelsystem mit unterschiedlichsten Erfahrungen, sowie mit Ungleichheit weltweit verwoben ist: zwischen Geschlechtern, zwischen Klassen, zwischen Nord und Süd, zwischen ethnischen Gruppen. Es würde auch sichtbar, wie sehr wir selbst darin verstrickt sind. Es würde sichtbar, dass nicht nur unermessliche „externalisierte ökologische Kosten“ damit verbunden sind, sondern eben auch konkrete Menschen, die in dem System aber ausgeschlossen und unsichtbar gemacht werden. Kurzum: Es würde die fundamentale soziale und ökologische Krise sichtbar werden, in der das Agrar- und Lebensmittelsystem derzeit steckt. Es würde sichtbar werden, dass diese Krise sehr viel mit dem bestehenden Wirtschaftssystem zu tun hat. Und dass im Zentrum dessen Macht- und Herrschaftsverhältnisse stehen.
Welche Lebensmittel sollen produziert werden, von wem, unter welchen Bedingungen, wie, warum und für wen? Das sind entscheidende Zukunftsfragen. Die Menschen, die Betroffenen, die in dieser Glaskugel erscheinen, sollten dabei etwas zu sagen haben, sollten mitbestimmen und mitgestalten können. Genau das fordert Ernährungssouveränität ein. Das ist Voraussetzung dafür, dass Lebensmittel produziert werden, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, anstatt Nahrungsmittel als Waren aus dem Interesse heraus zu produzieren, Profite zu machen. Dadurch sind aktuell ein Sechstel der Menschen aus diesem System ausgeschlossen: Sie können sich das Essen ganz einfach nicht leisten. Es ist heute offenkundig, dass es nichts weniger als einen Paradigmenwechsel im Lebensmittelsystem braucht. Die ökologischen, sozialen und energetischen Bilanzen sind negativ: „Weiter wie bisher ist keine Option“, stellt der Weltagrarbericht in äußerst klaren Worten fest.
Es ist nun klar, dass die bloße „Mitbestimmung über das Supermarktregal“ bei weitem nicht ausreicht. Geschweige denn, auch noch darüber mitzuentscheiden, wie das Lebensmittelsystem denn nun aussehen soll. Das Gleiche gilt für Kleinbäuerinnen und -bauern, für Landlose, für Tagelöhner*innen und viele mehr. Diese Menschen haben viel zu wenig zu sagen in diesem System – doch geht es gerade um ihre, um unsere, Zukunft. Gefordert ist eine umfassende politische und ökonomische Demokratisierung.

Ernährungssouveränität jetzt!

Ernährungssouveränität ist das Recht von Menschen, über die Art und Weise der Produktion, der Verteilung und der Konsumtion von Lebensmitteln selbst zu bestimmen. Es geht um die Eröffnung eines umfassenden demokratischen Prozesses in Bezug auf diese entscheidenden Zukunftsfragen.

Dabei ist das Konzept nicht einfach mit „Ernährungssicherheit“ gleichzusetzen, da hier jene Fragen ausgeblendet bleiben, die Ernährungssouveränität gerade ins Zentrum rückt: Im Verlauf der Geschichte der Landwirtschaft wurden unter „Ernährungssicherheit“ jene Politiken vorangetrieben, die in die gegenwärtige Krise geführt haben. Das Konzept der Ernährungssouveränität zielt auf die Schaffung der Voraussetzungen für wirkliche Ernährungssicherheit für alle. Und dieser Prozess muss von den direkt Betroffenen selbst ausgehen. Das Konzept wurde Mitte der 1990er-Jahre von der weltweiten Kleinbäuerinnen- und -bauern-Organisation La Vía Campesina entwickelt und versucht, Gestaltungsspielräume für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Zukunft anzueignen und dafür immer mehr Menschen einzubeziehen, um damit einem neuen System im wahrsten Sinne des Wortes „den Boden zu bereiten“. Um das zu erreichen, braucht es nicht einfach mehr Nahrungsmittel. Es braucht ein anderes Lebensmittelsystem, eine andere Form der Verteilung, die nicht den Großteil der Ressourcen dafür verwendet, möglichst viel in Richtung „kaufkräftige Nachfrage“ zu befördern. Es braucht ein Lebensmittelsystem, das nicht die Zerstörung kleinbäuerlicher, nachhaltiger Landwirtschaft und damit Armut und Hunger laufend produziert. Es braucht eine Landwirtschaft, die vielfältig, lokal angepasst und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist.

Mit der globalen Bewegung für Ernährungssouveränität ist ein Prozess der kontinuierlichen Ausarbeitung und Weiterentwicklung des Konzepts verbunden. Es geht darum, auf einer partizipativen Basis das Lebensmittelsystem neu zu denken und neu zu gestalten. Dieser Prozess ist zentral. Ernährungssouveränität ist kein fertiges Modell für die Welt. Es ist nicht die Sache einer „Regierung“, die eine Definition vorlegt, wie all das ablaufen soll. Zentral ist vielmehr die Tatsache, dass wir uns darin einbringen und uns daran beteiligen.

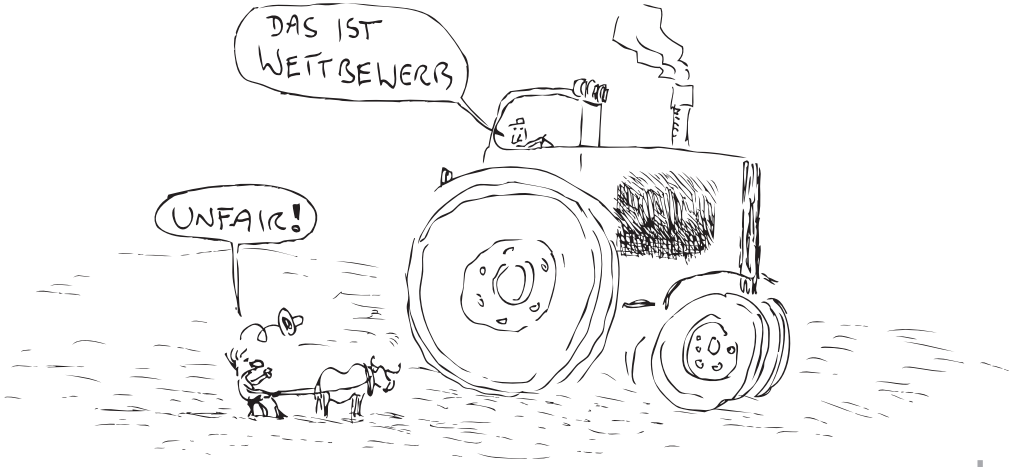
Die Bedeutung von Ernährungssouveränität heute

Wie lässt sich Ernährungssouveränität denn nun verwirklichen? Diese Frage zu beantworten, ist gar nicht so leicht. Die Antworten darauf fallen vielmehr so unterschiedlich aus wie die jeweiligen Handlungskontexte der Beteiligten. Diese Broschüre macht viele Beispiele sichtbar.

Jedoch ist auch die Tragweite des Konzepts in historischer Hinsicht zu betonen: Diese bringt der Historiker Jim Handy wahrscheinlich am besten auf den Punkt: „Ich möchte mein Gefühl der Ehrfurcht vor dem ungeheuren Ausmaß des Wandels ausdrücken, auf das das Konzept der Ernährungssouveränität abzielt. Ernährungssouveränität fordert nicht nur ein bestimmtes Entwicklungsmodell heraus, fordert nicht nur eine besonders schlimme Form des Neoliberalismus heraus und schlägt nicht nur einen neuen Rechtekatalog vor. Vielmehr zielt sie auf einen grundlegenden Wandel an der Basis der modernen Gesellschaft. Die moderne Gesellschaft basierte auf einer Reihe von Ausschlüssen, Enteignungen und Einhegungen, die grundlegend für die Entstehung und die Ausweitung des Kapitalismus waren. Diese Ausschlüsse wurden und werden in erster Linie und zuerst am Land und in der Landwirtschaft erfahren. Kapitalismus bedeutet die Scheidung der Produzent*innen von jeglichem Recht auf die von ihnen produzierten Waren und schließt diese Waren in immer größeren, immer getrennteren, immer mehr monopolisierten und immer destruktiveren Märkten ein. Ernährungssouveränität fordert all das heraus, gerade weil sie fordert, all jenes neu zu denken, was im Zentrum dieses Übergangs steht; sie fordert uns auf, dass wir Nahrungsmittel nicht nur bloß als Ware behandeln, wo der Zugang zu und die Produktion von Nahrungsmitteln über den Markt geregelt wird. Sie verlangt vielmehr, dass wir die sozialen Verbindungen erkennen, die im Produzieren, im Konsumieren und im Teilen von Nahrungsmitteln enthalten sind. In diesem Prozess wird sie alles verändern.“

Ernährungssouveränität fordert uns heraus, die Beziehungen zwischen Ernährung, Landwirtschaft und Natur, sowie ihre Rollen in der Gesellschaft neu zu bestimmen. Aber der vielleicht revolutionärste Aspekt von Ernährungssouveränität liegt darin begründet, dass sie uns herausfordert, die Beziehungen zwischen uns allen zu hinterfragen: Das ist die Basis dafür, die Dinge dann tatsächlich anders zu sehen und anders zu gestalten. Ganz ohne Zauber. Dadurch ist Ernährungssouveränität ein Weg, um den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel anzugehen, der sich in Zeiten der globalen sozial-ökologischen Krise aufdrängt. Globalize Struggle! Globalize Hope!

Franziskus Forster *ist Aktivist bei AgrarAttac.*



Kleinbäuer*innen ernähren die Welt

Bäuerinnen und Bauern auf Klein- und Kleinstbetrieben bauen den größten Teil aller weltweit produzierten Lebensmittel an. Damit sie auch in Zukunft die Welt ernähren können, muss Ernährungssouveränität an die Stelle des Freihandelsdogmas treten.

Angesichts von 825 Millionen hungernden Menschen ist es höchst an der Zeit, dass wir uns alle Gedanken machen, welches Lebensmittel- und Agrarsystem wir brauchen und wollen. Soll und wird es in Zukunft überhaupt noch Bäuerinnen und Bauern geben? Welchen Platz in unseren Gesellschaften, was für eine Rolle sollen und wollen Bäuerinnen und Bauern einnehmen? Diese Auseinandersetzung darf nicht den Regierungen, den transnationalen Konzernen und Institutionen wie der Welthandelsorganisation und schon gar nicht einer dem Wettbewerbsdogma verfallenen (Landwirtschafts-)Wissenschaft überlassen werden. Denn diese nehmen die seit 2008 periodisch wiederkehrende „Ernährungskrise“ zum Anlass, altbekannte Lösungsvorschläge auszugraben. Produktivitätssteigerung mittels Technologieeinsatz heißt die Devise, eine zweite „Grüne Revolution“ für Afrika wird beschworen, einer weiteren Liberalisierung des Agrarhandels das Wort geredet. Bevölkerungswachstumsprognosen und kolportierte Horrorszenarien dienen dazu, der Agroindustrie samt Gentechnik und Großgrundbesitz Tür und Tor zu öffnen. Die vorgeschlagenen Rezepte zur Bewältigung der Krisen bezwecken eine Fortsetzung und Beschleunigung der bisherigen Politik – einer Politik, die nach Ansicht vieler bäuerlicher und sozialer Bewegungen den aktuellen Zustand maßgeblich verursacht hat.

„Bäuerliche Landwirtschaft kann angesichts des Bevölkerungswachstums die Welt nicht ernähren.“ Dieser Einwand ist in der Wissenschaft und der öffentlichen Meinung weit verbreitet. Wie aber kommen wir dazu, diese Vorbehalte einfach so vom Tisch zu wischen? Zunächst einmal könnten wir fragen: Wer ernährt die Welt denn jetzt? In großen Teilen der Welt ist es nämlich nach wie vor die kleinbäuerliche Landwirtschaft. 2,6 Milliarden Menschen leben hauptsächlich von landwirtschaftlichen Tätigkeiten. 85% der etwa 525 Millionen Bauernhöfe weltweit bewirtschaften weniger als zwei Hektar Land. Die Bäuerinnen und Bauern auf diesen Klein- und Kleinstbetrieben bauen den größten Teil aller weltweit produzierten Lebensmittel an. Dabei soll gar nicht bestritten werden, dass die Produktivität der Landwirtschaft in vielen Regionen gesteigert werden müsste.

Doch dazu brauchen Kleinbäuerinnen und –bauern Zugang zu Märkten, Transportmöglichkeiten, Wasser, Krediten und Saatgut und vor allem auch Aus- und Weiterbildungsangebote. Mit relativ geringem Aufwand, dem Einsatz von agroökologischen Methoden und dem Zugang zu geeignetem, regional angepasstem Saatgut könn(t)en enorme Produktivitätszuwächse erreicht werden.

Kleinbäuer*innen machen mehr aus ihrem Land

Ob ein Betrieb klein oder groß ist, hat zunächst einmal nicht sehr viel damit zu tun, wie dort gewirtschaftet wird. Tendenziell können wir aber feststellen, dass es ab einer bestimmten Betriebsgröße zunehmend zu agroindustriellen Bewirtschaftungsformen kommt, die auf Massenproduktion und schnelle Profite abzielen. Verschiedene Studien zeigen zudem, dass diversifizierte kleine Betriebe weitaus produktiver sind als große Farmen mit Monokulturen. Der herkömmliche Produktivitätsbegriff, der nur auf den Ertrag einer einzelnen Kultur oder die Produktionsleistung pro Arbeits- oder Kapitaleinheit abzielt, lässt nämlich wesentliche Faktoren außer Acht. Zieht man Effizienz- und Produktivitätskriterien heran, die alle eingesetzten Produktionsfaktoren berücksichtigen (d. h. neben Arbeitskraft und Kapital auch Energie, Dünger und Wasser) und die zudem den Gesamtertrag des Betriebs analysieren, dann schneiden kleine Betriebe in der Mehrzahl der Fälle besser ab als große. Dies rührt daher, dass Kleinbäuerinnen und -bauern dazu tendieren, „das meiste aus ihrem Land zu machen“, dass sie also Zwischen- und Mischkulturen anbauen, ihre Fruchtfolgen optimieren und jeden Winkel ausnützen.

Hunger durch Freihandel

Damit Kleinbäuerinnen und -bauern die Welt ernähren und ihre vielfältigen gesellschaftlichen Leistungen erbringen können, braucht es aber einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Lebensmittel werden seit Jahrhunderten auf internationalen Märkten gehandelt, dass sie jedoch als Rohstoff wie jeder andere gelten, kennzeichnet die Entwicklung der letzten 15 Jahre. Insbesondere ab dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens über die Landwirtschaft 1995 wurden zahlreiche Staaten, die ihre Bevölkerungen zuvor selbst ernähren konnten, gezwungen, ihre Handelsschranken abzubauen.

Als US-amerikanische und europäische Produkte mithilfe von Exportförderungen und anderen Subventionen zu Dumpingpreisen auf die geöffneten Märkte strömten, verloren hunderttausende Bäuerinnen und Bauern ihre Existenzgrundlage. Eine Abkehr vom neoliberalen Dogma des Freihandels ist somit die Voraussetzung für das Überleben der bäuerlichen Landwirtschaft weltweit. Es bedarf einer grundlegenden Umorientierung der weltweiten Agrar-, Handels- und Entwicklungspolitik, weg von der „heiligen Kuh Weltmarkt“ und hin zur Gewährleistung des Menschenrechts auf Nahrung und zu Ernährungssouveränität.

Irmi Salzer *ist Kleinbäuerin und arbeitet bei der ÖBV (Österreichsche Berg- und Kleinbäuer*innen Vereinigung www.viacampesina.at).*

Krisen, die imperiale Lebensweise und darüber hinaus...

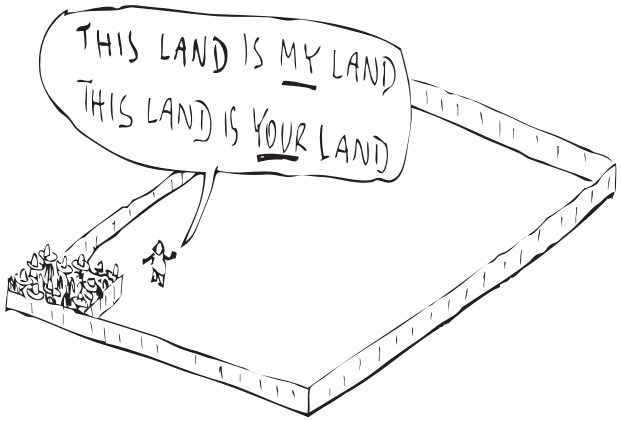
Was Ursachen der aktuellen Krisen sind, wo es an der Krisenbearbeitung hakt und welche Rolle soziale Bewegungen dabei haben, erläutert Markus Wissen im Gespräch mit der Redaktion.

Was verstehst du unter „multipler Krise“?
Das heißt erstens, dass Krisenphänomene in verschiedenen Bereichen zeitlich zusammenfallen: in den Bereichen Ernährung (Steigerung der Nahrungsmittelpreise), Energie (tendenzielle Erschöpfung fossiler Energieträger, v. a. Erdöl), Ökologie (Klimawandel, Biodiversitätsverlust) und Wirtschaft/Finanzen (die – siehe Griechenland – nur scheinbar überwundene Krise seit 2008). Der zweite Punkt ist, dass es einen Zusammenhang zwischen den Krisenphänomenen gibt, sowohl bei der Verursachung als auch bei der Bearbeitung.

Welche Zusammenhänge siehst du in der Verursachung der verschiedenen Krisenphänomene?
Die Energiekrise ist eine Krise der tendenziellen Verknappung von Erdöl, dessen Verbrennung wiederum den Klimawandel vorantreibt. Wenn Erdöl teilweise durch Agrartreibstoffe ersetzt wird, dann werden die Preise für landwirtschaftliche Produkte unmittelbarer von den Preisbewegungen auf den Energiemärkten beeinflusst. Außerdem nimmt die Flächenkonkurrenz zwischen der Agrartreibstoffproduktion und der Erzeugung von Lebensmitteln zu. Allgemein steigt die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie Mais, Zuckerrohr oder Palmöl, aus denen sich nicht nur Lebensmittel, sondern auch Agrartreibstoffe herstellen lassen.

Worin liegt die aktuelle Bedeutung von Agrartreibstoffen?
Das „Agrofuels-Projekt“, wie es der Agrarsoziologe Philip McMichael nennt, suggeriert eine win-win-Konstellation. Mit ihm sollen verschiedene Erscheinungsformen der multiplen Krise gleichzeitig bearbeitet werden. Hier sehen wir also den Zusammenhang bei der Bearbeitung der Krisenphänomene. Das Agrofuels-Projekt verspricht, die Energiekrise durch neue, nachwachsende Energieträger zu überwinden, die gleichzeitig eine klimafreundliche Form der Mobilität ermöglichen. Außerdem bietet es pro-fitable und scheinbar sichere Anlagemöglichkeiten für Geldkapital nach dem Platzen der Immobilienblase. Darauf deutet zumindest das Engagement von großen Finanzinvestor*innen und Banken im Landwirtschaftsbereich hin, das allerdings nicht nur in der Agrartreibstoffproduktion, sondern auch in der Erzeugung von Lebensmitteln zu beobachten ist.

Was wird bei der Krisenbearbeitung gegenwärtig ausgeblendet?
Es wurde in jüngerer Zeit zunehmend Kritik an den sozial und ökologisch hoch problematischen Wirkungen des Agrofuels-Projekts



(Vertreibungen, Monokulturen, indirekt auch Waldrodungen) geübt und von staatlichen Akteur*innen durchaus auch wahrgenommen. Allerdings hat das nicht zu einer grundlegenden Veränderung geführt. Ausgeblendet bleibt dabei die zentrale Problemursache, nämlich die fossilistischen Produktions- und Konsummuster, wie sie vor allem in den Ländern des globalen Nordens vorherrschen und den Kern einer imperialen Lebensweise bilden: die Normalität des Autofahrens, der Billigflüge, des hohen Fleischkonsums und Energieverbrauchs. Solange diese nicht in Frage gestellt werden, sondern so getan wird, als könne mensch sie ökologisch modernisieren, wird sich die multiple Krise für einen großen Teil der Weltbevölkerung weiter verschärfen.

Was verstehst du genau unter „imperialer Lebensweise“?
Das ist ein Begriff, mit dem Ulrich Brand und ich arbeiten. Imperial ist die Lebensweise des globalen Nordens, weil sie einen überproportionalen und tendenziell unbegrenzten Zugriff auf Arbeitskraft, Ressourcen und Senken (z. B. Wälder) in anderen Teilen der Welt beinhaltet. Sie ist nicht verallgemeinerbar sondern hoch exklusiv, weil sie ein Außen braucht, auf das sich ihre sozialen und ökologischen Kosten verlagern lassen. Zu diesem Außen gehören Menschen im globalen Süden, etwa afrikanische Kinder, die aus europäischem Elektronikschrott unter Einsatz ihrer Gesundheit die noch verwertbaren Teile herausklauben; zu ihm gehören auch die Ökosysteme im globalen Süden, denen die Ressourcen zur Herstellung unserer Konsumgüter entnommen werden und die als Schadstoffsenken unsere CO2-Emissionen teilweise absorbieren. Derzeit erleben wir, dass sich die Ober- und Mittelklassen

in den Schwellenländern die Lebensweise des globalen Nordens zu eigen machen. Damit nimmt die Konkurrenz um die globalen Senken, Ressourcen und Arbeitskräfte zu. Das ist eine der Konfliktkonstellationen, welche die Sackgasse begründen, in der sich die Klimaverhandlungen derzeit befinden.

Was meinst du mit „Konsummustern“? Individuellen Konsum?
Ich meine damit nicht individuelle Lebensstile, sondern tief in den Alltagspraktiken der Menschen verankerte und von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen gestützte Orientierungen. Das bedeutet auch, dass individuelle Verhaltensänderungen nicht der einzige Ansatzpunkt sein können. Sie sind zweifellos wichtig, aber es müssen auch die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert werden, die sozial und ökologisch destruktive Verhaltensmuster hervorbringen. Das wird nicht ohne Verteilungskonflikte möglich sein, denn die fossilistischen Konsummuster sind nicht nur im Nord-Süd-Verhältnis, sondern auch im Hinblick auf unsere Gesellschaften alles

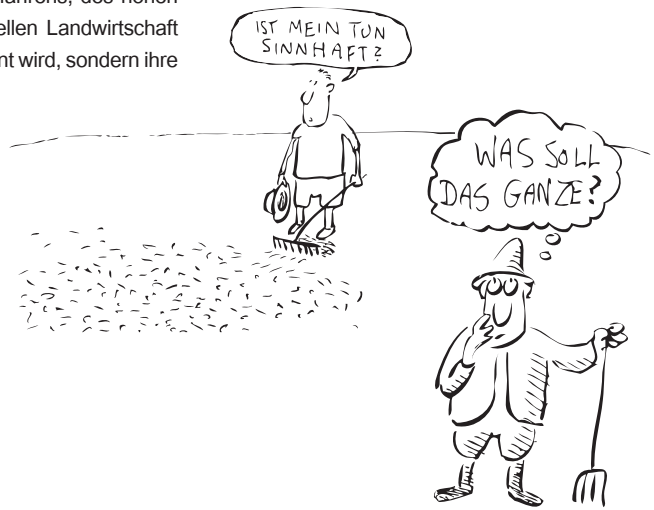
andere als sozial neutral. Die meiste Energie wird von den Mittel- und Oberklassen verbraucht, und nicht von den Unterklassen. Es sind die Oberklassen, die sich Luxusgeländewagen leisten können. Ärmere Haushalte verfügen gar nicht über die Mittel, um auf diese Weise CO2 in die Luft zu blasen und andere Menschen zu gefährden. Außerdem gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede im Energieverbrauch, und zwar derart, dass im globalen Norden durch die Konsummuster von Männern mehr CO2 emittiert wird als durch jene von Frauen.

Was wären stattdessen Ansatzpunkte für soziale Bewegungen oder auch mögliche Projekte, um den Problemkern angehen zu können?

Eben diese Phänomene zu politisieren, ist eine wichtige Aufgabe von sozialen Bewegungen. Es geht darum, darauf hinzuweisen, dass effiziente Klimapolitik oft nicht da betrieben wird, wo Klimapolitik draufsteht. Die laufenden Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll sind primär Geo- und Wirtschaftspolitik, es geht um die machtförmige Neujustierung des Verhältnisses zwischen Nord und Süd. Wirksame Klimapolitik setzt voraus, dass die fossilistischen Konsum- und Produktionsmuster politisiert werden, dass die Normalität des Autofahrens, des hohen Fleischkonsums, der industriellen Landwirtschaft nicht mehr als solche anerkannt wird, sondern ihre Macht- und Herrschaftsförmigkeit, ihre soziale und ökologische Destruktivität sichtbar gemacht wird, und dass mensch für eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse streitet. Und da passiert natürlich auch sehr viel.

So politisiert die Bewegung für Ernährungssouveränität die ökologische Krise in ihrem Problemkern, und nicht nur die ökologische Krise, sondern auch die Wirtschaftskrise. Denn eine sozial und ökologisch gerechte Landwirtschaft, eine dezentralisierte und demokratisierte Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien und ein Ausbau des öffentlichen Personen- und Gütertransports schaffen gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze. Es geht darum, die Frage der Suffizienz, also danach, was wir zu einem guten Leben brauchen, gegenüber Effizienzstrategien und solchen der ökologischen Modernisierung zu stärken. Hierin sehe ich eine entscheidende Aufgabe von kritischer Wissenschaft und sozialen Bewegungen.

Markus Wissen *lehrt und forscht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.*



Alles grün, alles gut?

Green Grabbing und die Finanzialisierung der Natur

Grüne Energie aus der Steckdose. Grüner „Biodiesel" im Auto. Grüne Ausgleichszahlungen für "klimaneutrale" Flüge. Grünes Naturkapital Österreichs. Grün boomt. Es stellt sich jedoch die Frage, was hinter dem globalen grünen Hype steckt und welche Folgen er nach sich ziehen kann.

Land Grabbing ist in den aktuellen neoliberalen Kapitalismus und den Kontext der Vielfachkrise (v. a. der Hunger-, Wirtschafts-, Finanz-, Klima-, Umwelt- und Energiekrise) eingebettet. So gibt es auch Formen von Land Grabbing, die (zumindest vordergründig) mit dem Ziel der Überwindung der ökologischen Krise verbunden und gleichzeitig profitabel, also gut für die Wirtschaft und den Finanzmarkt sind: **„Green Grabbing".** Kurz gesagt handelt es sich um die Aneignung von Land und natürlichen Gütern für grüne Zwecke. Den Rahmen dafür bildet die **„Green Economy",** Nachfolgerin der „Nachhaltigen Entwicklung". Sie verspricht, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz zusammenzubringen. Dadurch muss Umweltschutz rentabel gemacht werden. Kurz gesagt: **Natur wird geschützt, indem sie verkauft wird.**

Ein Beispiel des Green Grabbing ist REDD [1]. Das Programm zur Treibhausgasreduktion durch Waldschutz will ihr Ziel erreichen, indem der Wald gemessen, katalogisiert und das Ausmaß der darin erfolgten CO_2-Speicherung berechnet wird. Je mehr CO_2 vom Wald reduziert wird, desto mehr CO_2-Zertifikate können am Emissionsmarkt verkauft werden. Der bisher „unproduktive" Wald wird damit "inwertgesetzt", in einen am Markt handelbaren Wert als Ware verwandelt. **Ein Wald ist viel wert, wenn er viel CO_2 schluckt.**

Dass die dafür nötige Rechnung gar nicht korrekt sein kann und die vielen anderen Werte, die der Wald für die dort lebenden Menschen und andere Lebewesen hat (wie Schutz- und Erholungsraum, spirituelle, kulturelle oder ästhetische Eigenschaften), unmöglich in Geld zu rechnen sind, wird dabei vernachlässigt. Auch, dass die häufig indigene Waldbevölkerung keine Lebensmittel mehr gewinnen kann, weil dadurch die CO_2-Aufnahme beeinträchtigt würde, scheint zweitrangig. Wer das eingesparte CO_2 als Zertifikat kauft, hat nun das Recht, die „äquivalente" CO_2-Menge aus seinen Fabrikschornsteinen zu jagen – denn die eigenen Emissionen zu reduzieren wäre um ein Vielfaches teurer. **Das Klima wird somit „effizient" dort geschützt, wo der Schutz „billiger" ist** – in Ländern des Globalen Südens.

Doch auch im Globalen Norden, auch in Österreich, werden derzeit Naturkataster erstellt, um den Geldwert unseres „Naturkapitals" zu berechnen. Ein Erfolg, würden vielleicht manche sagen: Endlich wird der Natur ein Wert zugeschrieben. Doch ist dann nur noch ein kleiner weiterer Schritt nötig, um mit diesem Naturkapital zu handeln und es zu Geld zu machen: Nehmen wir an, eine neue Autobahn zerstört 1000 ha Wald. Damit aber insgesamt die Umwelt nicht geschädigt wird, könnte Österreich in Zukunft für den Schutz einer „äquivalenten" Fläche in z. B. Brasilien zahlen. Schon ist der getane Schaden billig repariert. Dass die Waldfläche im tiefsten Amazonas Brasiliens vermutlich sowieso nicht zerstört worden wäre und Äquivalenz nie möglich ist, wird ignoriert. Ein weiteres Beispiel: Im verschuldeten Land Honduras sollte ein Gesetz verabschiedet werden, das es ermöglicht, die bisher „unnützen" natürlichen

[1] Reducing Emissions from Deforestation and Degradation

„Ressourcen“ auf dem Finanzmarkt zum Kauf anzubieten. So zum Beispiel ein Fluss, der durch ein Wasserkraftwerk „produktiv“ gemacht werden könnte, ein Berg, in dem Metallvorkommen vermutet werden, oder ein Wald, der durch REDD oder Öko-Tourismus Profit verspricht. Dies ist eine der bisher unverfrorensten Formen der **Finanzialisierung der Natur:** die Einbindung der Natur in den Finanzmarkt, oder umgekehrt, die immer wichtigere Rolle, die die Natur für die Finanzmärkte spielt.

So virtuell die Finanzialisierung der Natur auch klingt, hat sie doch konkrete Auswirkungen an spezifischen Orten. Vielleicht weit weg von dort, wo die Natur ge- oder verkauft wurde, und auch weit weg von dort, wo durch den Kauf irgendein ökologischer Schaden „repariert“ wird. Das kann folgendermaßen ablaufen: In Honduras wird ein Staudamm zur Produktion **„grüner Energie“** gebaut, wodurch im Jahr (möglicherweise) 75.000 Tonnen CO_2 (potenziell) reduziert, da dafür (scheinbar) 135.000 Barrel fossiler Brennstoff eingespart werden. Szenenwechsel: In Wien steige ich trotz schlechtem Gewissen in ein Flugzeug und kaufe mich vom dadurch verursachten Klimaschaden frei, indem ich bei dem Privatunernehmen Myclimate Geld einzahle. Dieses investiert mit meinen Ausgleichszahlungen in ein REDD-Projekt. Oder in ein Wasserkraftwerk in Honduras, indem sie dem Staudammkonzern einige Tonnen ihres gesparten CO_2 abkaufen. Ein Staudamm übrigens, der seine reichen Besitzer noch reicher macht und der eigentlich keineswegs fossilen Brennstoff einspart, da die Energienachfrage in Honduras rasch steigt und grüne Energie zusätzlich zur fossilen nötig macht. Ein Staudamm, der in einem indigenen Territorium gewaltsam durchgesetzt wird, der die natürlichen Gemeingüter, die Landflächen, den Fluss, das Wasser privatisiert, der die dagegen protestierenden Subsistenzbäuerinnen und -bauern vertreibt, hinter Gitter bringt und gleichzeitig die Indigenen als „rückständig“ beschimpft, weil sie sich gegen die „grüne“ Entwicklung ihrer Region stellen.

Nicht grüne Flüge also, sondern weniger Flüge muss die Devise lauten. Nicht genausoviel oder mehr grüne Energie, sondern weniger Energie. Wichtig ist dabei, dass dies nicht nur auf der individuellen Ebene, sondern auch gesellschaftlich geschieht: durch eine **sozial-ökologische Transformation** für einen Komplettausstieg aus fossiler Energie und Kernkraft, für die Einsicht, dass Natur nicht unumwunden beherrscht werden kann, für die Ermöglichung anderer, nicht-kapitalistischer Lebensweisen jenseits der imperialen Lebensweise, gegen den blinden Glauben, dass der Markt die beste Lösung für die Organisierung sämtlicher Lebensbereiche und Naturverhältnisse sei, für ein Zurückerobern der Commons, für Ernährungs- und Energiesouveränität!

Magdalena Heuwieser *ist bei AgrarAttac und in der Bewegung für Ernährungssouveränität aktiv.*

Einmischen statt beimischen!

Agrartreibstoffe gefährden das Recht auf Nahrung

Seit der Jahrtausendwende werden Agrartreibstoffe als Alternative zur Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und als Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels propagiert. Die Folgen für das Recht auf Nahrung von Menschen im Globalen Süden werden dabei ausgeblendet.

Das Recht frei von Hunger zu sein

Das Recht auf angemessene Ernährung wurde als international verbindliches Menschenrecht im Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte festgelegt, den auch Österreich ratifiziert hat. Das Recht sich zu ernähren ist ein integraler Bestandteil von Ernährungssouveränität. Agrartreibstoffe gefährden dieses Menschenrecht auf unterschiedliche Weisen, insbesondere hinsichtlich der Verknappung des Zugangs zu Land sowie der Volatilität von Nahrungsmittelpreisen.

Gesetzlich abgesichertes Erfolgsmodell

Die EU nimmt im Agrartreibstoff-Boom eine Schlüsselrolle ein. 2009 wurde im Rahmen der Richtlinie für Erneuerbare Energien eine verbindliche Beimischung von 10 Prozent Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehrssektor bis 2020 festgelegt. Der überwiegende Teil wird aus Agrartreibstoffen gedeckt. Politikvorgaben wie diese heizen die Entwicklung auf diesem künstlich geschaffenen Markt an. Einige EU-Staaten meldeten bereits früh Bedenken an der Beimischungspflicht – auch weil die EU ihren selbstauferlegten Verpflichtungen ohne Importe aus Drittländern nicht nachkommen kann – nicht so Österreich.

Ländlicher Entwicklungsmotor?

Viele Länder des Südens sehen Chancen, ihre Handelsbilanzen durch den Export von Rohstoffen zur Produktion von Agrartreibstoffen zu verbessern und rüsten ihre Wirtschaft dahingehend um. Einem hohen finanziellen und technischen Input stehen dabei geringe Verdienstmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung gegenüber. Zudem verfestigt die Agrartreibstoffproduktion das monokulturelle agrarindustrielle Exportmodell in bereits nahrungsunsicheren und importabhängigen Ländern - mit allen bekannten Folgen.

Der Zugang zu produktiven Ressourcen – wie z. B. Land – ist ein Kernelement des Menschenrechts auf Nahrung und bildet vor allem in ländlichen Regionen eine Existenzgrundlage. Immer mehr Regierungen stellen Biosprit-Investoren – viele kommen aus Europa - ohne Rücksicht auf die aktuelle Nutzung oder Ansprüche der lokalen Bevölkerung gewaltige Flächen zur Verfügung. Laut Weltbank zielen 33 Prozent der Agrargroßprojekte in Afrika auf Agrartreibstoffproduktion

ab, laut der Land Matrix sind es gar 66 Prozent. In Sierra Leone werden z. B. vom Schweizer Unternehmen Addax Bioenergy riesige Landflächen für Jahrzehnte für ein Agrartreibstoff-Projekt gepachtet. Das dort gepflanzte Zuckerrohr wird in Bioethanol verwandelt, um die Nachfrage in Europa zu befriedigen. Der Verlust von Zugang zu Land hat gravierende Folgen für die Ernährungslage der ansässigen Landbevölkerung. Das Projekt wird kofinanziert vom Emerging Africa Infrastructure Fund (EAIF), der wiederum mit

einer Kreditlinie der Österreichischen Entwicklungsbank (OeEB) unterstützt wird. Damit trägt auch der österreichische Staat Verantwortung.
Auf dem globalen Agrarmarkt verursacht die Agrartreibstoffnachfrage Verdrängungseffekte zum Nachteil der Nahrungsmittelproduktion. Denn durch die Kultivierung von Energiepflanzen ändert sich die Landnutzung direkt, wenn dafür Wälder gerodet werden, indirekt, wenn etwa der Anbau von Nahrungs- und Futtermitteln auf Flächen ausweichen muss, die bislang nicht landwirtschaftlich genutzt wurden. Energie- und Ernährungsfragen sind eng miteinander verbunden.

Preistreiber Agrarsprit

Der Agrartreibstoffboom gehört zu den wichtigsten Preistreibern bei einigen Grundnahrungsmitteln. Zum Ausmaß bestehen zwar unterschiedliche Einschätzungen, die Tendenzen sind jedoch hinreichend belegt. Die Folge sind stark schwankende Nahrungsmittelpreise mit drastischen Auswirkungen auf einkommensschwache Familien im Globalen Süden. Viele Kleinbäuerinnen und -bauern stehen dabei doppelt unter Druck: als Konsument*innen und als Produzent*innen. Die meisten müssen selbst in erheblichem Umfang für ihre Familien Nahrungsmittel zukaufen. Zusätzlich erschwert ihnen die hohe Volatilität an den Agrarmärkten langfristige Investitionen in ihren Anbau.

Hungerbekämpfung vor Energiegewinnung

Nicht nur in Sierra Leone zeigen sich die Auswirkungen des Agrartreibstoff-Booms auf das Recht auf Nahrung von Menschen in ernährungsunsicheren Situationen. Aus menschenrechtlicher Sicht muss sich die österreichische Regierung schon längst auf EU-Ebene für ein sofortiges Moratorium der Beimischungsquoten einzusetzen. Die Nutzung erneuerbarer Energien ist zwar ein unverzichtbares Element einer nachhaltigen Klimapolitik und Biomasse kann dabei ein Baustein sein, aber deren Nutzung zur Energiegewinnung darf unter keinen Umständen zu Verletzungen des Rechts auf Nahrung führen.

Brigitte Reisenberger Reisenberger *ist Mitarbeiterin der Menschenrechtsorganisation FIAN Österreich (www.fian.at), beschäftigt sich mit Zugang zu natürlichen Ressourcen und ist in der Bewegung für Ernährungssouveränität aktiv.*

Österreichisches NGO-Bündnis Netzwerk Agrotreibstoffe
www.agrotreibstoffe.net

Für das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben

Zu Ernährungssouveränität gehört auch die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit

„Wenn das Gold von Mali nach Europa geschafft wird, zirkuliert es frei, wenn das Petroleum aus Kongo oder das Uran aus dem Niger nach Europa soll, ist es plötzlich möglich, dass es frei zirkuliert! Wenn es um Coltan aus dem Kongo geht, um damit Computer zu bauen, ja dann kommt es ohne Probleme nach Europa, selbst in die USA kommt es! Nur die Menschen können sich nicht frei bewegen."
Klarer könnte es Victor Nzuzi, Bauer und Aktivist aus der D. R. Kongo, kaum aussprechen. Das Zitat stammt aus einem Interview, das Nzuzi in der nord-malischen Kleinstadt Nioro du Sahel nahe der mauretanischen Grenze gab. Dort wurden während der letzten beiden Jahrzehnte tausende Migrant*innen, die auf dem Weg zu den kanarischen Inseln und aufs spanische Festland waren, rückgeschoben. Diese Rückschiebungen fanden in vielen Fällen unter groben Menschenrechtsverletzungen statt – und mit Zutun der Europäischen Union: Frontex, die im Jahr 2005 gegründete Grenzschutzagentur der EU, ist bis weit in den afrikanischen Kontinent hinein aktiv – viele der in Nioro gestrandeten Migrant*innen wurden zuvor von Frontex-Schiffen zum Umkehren gezwungen. Die Zahl der Menschen, die dabei ihr Leben verloren haben, geht in die Tausende [1].

Die Karawane fordert asymmetrische Nord-Süd-Verhältnisse heraus

In Nioro du Sahel also, an diesem „Hotspot" der Externalisierung der EU-Grenzschutzpolitik, machte im Jänner 2011 die Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung Station – ein Zusammenschluss von über 250 europäischen und afrikanischen Basis-Aktivist*innen, der sich zum Ziel gesetzt hatte, mittels eines Protest-Zugs durch Mali und Senegal die Ungerechtigkeit, die Victor Nzuzi so treffend zum Ausdruck bringt, zu bekämpfen. Denn die über 15.000 Todesopfer, die das EU-Grenzregime seit den frühen Neunzigern gefordert hat, sind selbstredend lediglich die dramatische Spitze struktureller Unterdrückungs-, Ausgrenzungs- und Ausbeutungsmechanismen. Die Karawane, deren letzte Station das Weltsozialforum in Dakar war, setzte sich zum Ziel, sowohl die Ursachen für Flucht und Migration zu beleuchten als auch antirassistische Kämpfe in Europa und

Afrika miteinander zu vernetzen. Oder, politisch übersetzt: Die Aktivist*innen traten sowohl für das Recht zu bleiben als auch für das Recht zu

[1] Eine Liste der Toten, die das Europäische Grenzregime seit den frühen 90er Jahren gefordert hat, findet sich unter: http://www.unitedagainstracism.org/pdfs/listofdeaths.pdf

gehen ein. Letzteres besteht heute, wie Victor Nzuzi in seiner eingangs zitierten Wortmeldung deutlich macht, zwar für Rohstoffe, nicht aber für Menschen.

Ursprüngliche Akkumulation und Kämpfe der Migration

Die Rohstoffe, die dem afrikanischen Kontinent und seinen Bewohner*innen entrissen werden, werden unter Bedingungen hergestellt, die Karl Marx einst „ursprüngliche Akkumulation" nannte. [2] Der Abbau von Gold, Petroleum, Uran oder Coltan ist in dem Sinn voraussetzungsvoll, als dass davor meist Enteignungen in großem Stil stattfinden. Diese betreffen in vielen Fällen subsistenzorientierte Kleinbäuerinnen und -bauern, Viehzüchter*innen oder Jäger*innen, die schlicht gezwungen werden, ihr Land zu verlassen oder denen ihr Land zu Spottpreisen – und oftmals unter massivem Druck – abgekauft wird. Neben den von Nzuzi genannten Beispielen ist des weiteren das massive Landgrabbing zu nennen, also das Aufkaufen von ganzen Landstrichen durch multinationale Konzerne, Investmentfonds oder Staaten zu Spekulationszwecken bzw. zum Anbau von Export-Kulturen. Neben dem Raub natürlicher Ressourcen und dem Aufkauf von Land gibt es noch vielfältige andere Umstände, welche die Prozesse ursprünglicher Akkumulation in Mali und Senegal begünstigen und vorantreiben: Billigimporte von Lebensmitteln aus Europa, welche die lokalen Märkte ruinieren, fehlende Investitionen in ländliche Infrastruktur (wie Straßen, Weiterverarbeitungsanlagen, Kooperativen usw.) aufgrund von Korruption oder Desinteresse der politischen Eliten, sowie die weitere Ausbreitung der Sahelzone, verstärkt durch den Klimawandel.

All diese Faktoren haben in Mali und Senegal dazu geführt, dass die subsistenzorientierte Landwirtschaft immer mehr in Bedrängnis kommt. Ursprüngliche Akkumulation führt zur Freisetzung von Arbeitskräften. Marx nannte diese im doppelten Sinn frei: Frei von ihren Produktionsmitteln (in unserem Fall also oftmals Grund und Boden) und frei, um ihre Arbeitskraft auf einem anonymen Markt zu verkaufen. Einziger Haken: In den meisten (west-)afrikanischen Ländern sind abgesicherte Arbeitsplätze so rar wie gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven im Allgemeinen. Im Gegensatz zum Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts, als Migrant*innen vom Land in den neu entstehenden industriellen Zentren relativ leicht Arbeit finden konnten – wenn diese auch in den meisten Fällen unter äußert miserablen Bedingungen ausgeübt wurde – warten auf die vertriebenen (west-)afrikanischen Bäuerinnen und Bauern weder rauchende Fabriksschlote noch eine dynamische Arbeiter*innenbewegung. Vielmehr drohen Perspektivlosigkeit und Massenarmut in wachsenden Slum-Cities. Für das europäische (Sub-)Proletariat gab es von Beginn der Industrialisierung bis zum Zweiten Weltkrieg außerdem die beförderte und vollkommen legale Exit-Option der Auswanderung in die „Neue Welt". Heute wird Migration aus dem globalen Süden militärisch abgewehrt und kriminalisiert. Was bleibt als Perspektive? Wohl der Kampf für die globalen Bewegungsfreiheit und die Rückeroberung der Lebensgrundlagen für die ländliche Bevölkerung.

Ernährungssouveränität und Bewegungsfreiheit zusammen denken!

Vor dem Hintergrund der Zerstörungswucht kapitalistischer Expansion und andauernder neo-kolonialer Zurichtung sowie angesichts des Krieges, der gegen Flüchtlinge und Migrant*innen an den Außengrenzen der EU geführt wird, versuchte die Karawane die Forderung nach Bewegungsfreiheit und Perspektiven für gerechte Entwicklung zu verbinden. Zu gerechter Entwicklung gehört selbstverständlich die Umsetzung von Ernährungssouveränität. Doch selbst, wenn das „Recht zu bleiben", sprich das Recht im eigenen Land unter würdigen Bedingungen leben zu können, durchgesetzt ist, ist das „Recht zu gehen" nicht weniger wichtig. Denn wie Tahirou Bah, Teilnehmer der Karawane und Aktivist der sozialrevolutionären Bewegung „Mouvement des Sans Voix" aus Mali betont: „Wenn es gelingt, in Afrika das Wohlergehen der Bevölkerungen wiederherzustellen, werden die Leute nicht mehr zwingend aus ökonomischen Gründen weggehen, sondern vielmehr um Neues zu erfahren, um sich auszutauschen, um andere Realitäten zu verstehen, um mit anderen zu diskutieren! Nämlich genau so, wie die Europäer*innen es schon die längste Zeit tun können."

Dito Alex Behr *lebt mal da mal dort und ist im Netzwerk „Afrique Europe Interact" aktiv. Weiterführende Informationen: www.afrique-europe-interact.net. Kontakt: plastik.meer@reflex.at*

[2] http://de.wikipedia.org/wiki/Ursprüngliche_Akkumulation

Saatgut-Freiheit: Ein Thema muss Kreise ziehen

Saatgut ist neben Boden eine der wichtigsten Grundlagen landwirtschaftlicher Produktion. Seit Jahrtausenden haben Bäuerinnen und Bauern überall auf der Welt Saatgut entwickelt, erhalten und an die lokalen Bedingungen angepasst. Sie haben es getauscht und weitergegeben, ausgesät und geerntet. Die heutigen Farmers Rights der Welternährungsorganisation beschreiben die tiefe Verbindung der Bäuerinnen und Bauern mit dem Saatgut. Seit rund 100 Jahren ändert sich diese auf Erhaltung, Nutzung und gemeinsame Entwicklung angelegte Herangehensweise immer mehr, vor allem in den nördlichen Industrieländern (Nordamerika, Europa, Japan). **Saatgutverkehrsgesetze** wurden eingeführt, die den Marktzugang reglementieren. Zunächst aus Verbraucherschutzaspekten, heute haben sie aber immer mehr einen ausgrenzenden und kleinere Züchter*innen und Landwirt*innen benachteiligenden Charakter. Die im Sommer 2013 aktuellen Entwürfe der EU über eine Saatgutrechtsreform zeigen deutlich, wohin der Weg gehen soll: Kleine Produzent*innen sollen aus den Märkten gedrängt werden, die Erhaltung alter Sorten ist nicht so wichtig, etc. [1] Denn auch die bestimmenden Köpfe in den EU-Gremien wissen: Wer die Saat hat, hat das Sagen. Darüber hinaus [2] wurden im frühen 20. Jahrhundert erste Ansätze des Sortenschutzes entwickelt und in den 1960er Jahren die erste internationale Vereinigung zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) gegründet. Den Züchter*innen wurden exklusive Rechte eingeräumt, wenn ihre Sorten bestimmte Eigenschaften hatten und besonders wertvoll für die landwirtschaftliche Produktion waren. Die damaligen Regeln sahen noch Ausnahmen für Bäuerinnen, Bauern und Züchter*innen vor; mittlerweile sind die immer mehr eingeschränkt worden. Auch das Patentrecht wird heute auf Pflanzenzüchtungen angewandt und sichert den Züchter*innen Monopole und alleinige Verwertungsrechte. Mittlerweile dominieren zehn Konzerne mehr als 70 Prozent des globalen Saatgutmarktes. [3] Die biologische Vielfalt und die Bäuerinnen- und Bauernrechte bleiben auf der Strecke. Doch beides ist für die Zukunft essentiell: Die Vielfalt der Sorten und Eigenschaften, um den Herausforderungen des Klimawandels etwas entgegnen zu können. Und die bäuerlichen Rechte, um Demokratie, Selbstbestimmung und globale Gerechtigkeit zu erlangen.

[1] mehr Infos unter: www.saatgutkampagne.org
[2] vgl. für das internationale Geflecht der Abkommen z. B: Kaiser (2012): Eigentum und Allmende, Alternativen zu geistigen Eigentumsrechten an genetischen Ressourcen. Oekom-Verlag.
[3] vgl. dazu die Internetseite der kanadischen NGO ETC-Group, die in unregelmäßigen Abständen hierzu neue Recherchen veröffentlicht, z. B. das Communique 100, Who owns Nature, aus 2008.

Alternativen

Für viele Landwirt*innen, Kleinbäuerinnen und -bauern, indigene Völker und soziale Bewegungen ist es offensichtlich, dass das bestehende System der geistigen Eigentumsrechte nichts mit ökologischer Gerechtigkeit zu tun hat und in der Landwirtschaft nicht anzuwenden ist – insbesondere diejenigen, die auf verschiedene Sorten von Saatgut angewiesen sind, können die teuren Lizenzgebühren nicht finanzieren. Auch die Reglementierungen des Handels und Marktzugangs von Saatgut haben in ihrer derzeitigen Form einen reglementierenden und die Vielfalt reduzierenden Charakter.

Es bedarf also Alternativen zum System der individuellen geistigen Eigentumsrechte. Alternativen, die weiterhin eine freie Forschung ohne rechtliches Lizenzwirrwarr bedeuten. Alternativen, die den Bäuerinnen und Bauern Sorten an die Hand geben (oder sie durch jene schaffen lassen), die ertragreich sind und auch die Klimaveränderungen ertragen können. Alternativen, die Partizipation, Mitbestimmung und Transparenz der Entscheidungen ermöglichen. Alternativen, welche die Volkswirtschaften im Blick haben und nicht die privatwirtschaftliche Gewinnmaximierung. Alternativen, die gleichzeitig den Pflanzenzüchter*innen ein Einkommen generieren, von dem sie leben können.

Eine Möglichkeit wäre, auf nationaler Ebene die Einrichtung sogenannter Saatgutfonds, die Forschung und Saatgutentwicklung koordinieren und die dazu nötigen Mittel verwalten. Besetzt durch alle gesellschaftliche Gruppen ließen sich Forschungs- und Züchtungsmittel dort konzentrieren, wo es wirklich Bedarf gibt und nicht z. B. in der Gentechnikforschung.

Eine andere Möglichkeit könnte sich an einem Projekt der philippinischen Bauernorganisation MASIPAG orientieren: Sie haben ein Modell der Saatgutentwicklung ausgearbeitet, welches Züchter*innen, Bäuerinnen, Bauern und Wissenschaftler*innen auf einer Ebene beteiligt und bereits nach wenigen Jahren zu substantiell verbesserten Sorten führt (Helfrich 2012). MASIPAG spricht in ihrem Zusammenhang bewusst nicht von Sorten, sondern nutzt den Begriff der Selektionen für ihre neu entwickelten Saaten, um so den internationalen Definitionen zu entgehen.

Diese Modelle weiter auszuarbeiten [4] und gesellschaftliche Mehrheiten dafür zu gewinnen, ist die Aufgabe, der sich zu stellen eine Herausforderung ist. Ausgangspunkt bestehender Modelle ist die Feststellung, dass Saatgutforschung und Züchtung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind. Die Fragestellung, wie sich die Menschen in Zukunft ernähren werden, ist zu wichtig, als dass sie den Manager*innen international agierender Unternehmen überlassen werden kann. Gesellschaften müssen sich – wieder – gemein machen mit landwirtschaftlichen Entwicklungen und sich mit der Frage auseinandersetzen, wie viel Geld von wem für welche Forschung investiert wird.

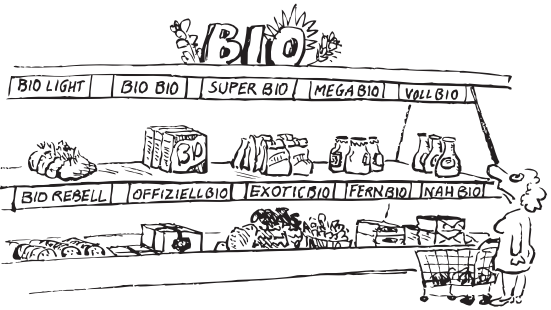
***Gregor Kaiser** ist promovierter Sozialwissenschaftler und Biologe. Er bewirtschaftet u.a. einen Forstbetrieb im Sauerland. www.vielfalt-wald.de*

[4] vgl hierzu das in Kürze von Agrecol herausgegebene Diskussionspapier von J. Kotschi und G. Kaiser: Open Source für Saatgut, www.agrecol.de.

Super Markt / Oder: Wen erschlägt der Tiefpreishammer?

Der Supermarkt ist das Tor, durch das sich die meisten Menschen in den Industrieländern die Welt auf den Tisch holen. Der Griff ins Supermarktregal ist im Alltag so tief verankert wie kaum eine andere Tätigkeit. Und wie bei allen Dingen, die für uns völlig normal (geworden) sind, stellen wir auch den fast täglichen Gang in den Supermarkt kaum in Frage. Wer schaut im ohnehin stressigen Alltag schon hinter das glitzernde Tor der Frischtheken, Sonderangebote und gut platzierten Wellness-Produkte, und welche Welt er oder sie sich mit dem Gang zum Supermarkt wirklich einkauft?

Ein solcher Blick über den Ladentisch hinaus wäre aber dringend angebracht. Denn die



Welt hat sich mit dem globalen Siegeszug der Supermärkte stark verändert. Während bis in die 90er Jahre die Meinung vorherrschte, dass Unternehmen wie Nestlé und Unilever den Lebensmittelmarkt in ihren Händen halten, ist diese Führungsrolle inzwischen auf die Supermärkte übergegangen. Aufgrund enormer Konzentrationsprozesse und Expansionsstrategien stellen sie heute die zentrale Instanz dar, die bestimmt, was wo produziert und wo was konsumiert wird. So hat sich die US-amerikanische Handelskette Walmart in den letzten Jahrzehnten zum drittgrößten Unternehmen weltweit hochgearbeitet, die Metro-Gruppe zum viertgrößten Unternehmen Deutschlands. In Österreich kontrollieren drei Handelsketten (Rewe, Spar, Hofer) mittlerweile 80 Prozent des Lebensmittelmarktes.

Der aggressive Verdrängungswettbewerb im Lebensmittelhandel geht nicht nur auf Kosten kleinerer Mitbewerber, sondern wird vor allem auf dem Rücken der Produzent*innen und Arbeiter*innen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ausgetragen. Die Arbeitsbedingungen im Handel und in den Verarbeitungsbetrieben sind sehr oft von unbezahlten Überstunden, Lohndumping, Gewerkschaftsfeindlichkeit, hohem Überwachungsgrad und prekären Verhältnissen geprägt. Und dem Druck, möglichst hohe Quantität und Qualität zu möglichst niedrigen Preisen zu produzieren, können immer weniger Bäuerinnen und Bauern standhalten. Während die Handelsketten damit im Westen das Modell einer zentralistischen Agrarindustrie intensivieren, drohen sie mit ihrer Expansion in die Märkte Osteuropas, Asiens, Lateinamerikas und Afrikas die dortigen Nahrungsmittelsysteme auf den Kopf zu stellen. Sie zerstören lokale Handelsstrukturen ebenso wie die dort oft vorherrschende kleinstrukturierte Landwirtschaft – und damit die Lebensgrundlage von Millionen Menschen.

Über ihre Rolle als global agierende Vermittlungsinstanz zwischen Lebensmittelproduktion und Lebensmittelkonsum hinaus greifen Supermärkte zunehmend steuernd in den gesamten Produktionsprozess ein. Zum einen lassen sie immer mehr Lebensmittel im eigenen Auftrag produzieren: 40 Prozent der Lebensmittel in den österreichischen Regalen sind Eigenmarken der Handelsketten. Zum anderen etablieren sie immer mehr und neue Qualitätsstandards entlang der gesamten Wertschöpfungskette, mit denen sie ihre Vorstellungen von „guter" landwirtschaftlicher Praxis auch auf den landwirtschaftlichen Betrieben durchsetzen. Gegenüber den Konsument*innen versuchen Supermärkte mit dieser „Qualitätspolitik" die Kritik an der Lebensmittelindustrie und deren sozialen und ökologischen Verwerfungen zum eigenen Vorteil zu nutzen. Gerade in Österreich haben es die Handelsketten verstanden, sich als Beschützer der violetten Karotte, Behüter der freilebenden Almkuh, Bewahrer des kleinbäuerlichen Familienbetriebs und Retter des Weltklimas zu inszenieren.

Doch die soziale und ökologische Bilanz der Dominanz der Supermärkte ist verheerend. Erstens betrifft der Schwenk hin zu Bio- und anderen Qualitätsprodukten entgegen den Werbeversprechen der Unternehmen nur einen kleinen Teil der Produktion. Dabei ist es in den letzten Jahrzehnten zu einerm Aufbau eines Zwei-Klassen-Lebensmittelmarktes gekommen: hochwertige Qualitätsprodukte für eine kleine und zahlungskräftige Käufer*innenschicht, billige Massenware für den Rest. Zweitens wird nicht nach den Bedürfnissen der Menschen produziert, sondern nach den Gewinnaussichten der Märkte. Während in vielen Weltregionen Millionen Menschen an Hunger leiden und sterben, füllen sich in anderen die Mülldeponien mit Lebensmittelabfällen. Drittens treiben die Handelsketten den Strukturwandel der Landwirtschaft weiter voran. Insbesondere kleine Betriebe haben Schwierigkeiten, sich den ständig neuen Vorgaben der Handelsketten anzupassen. Die Folgen sind eine zunehmende Spezialisierung der Höfe auf einen Betriebszweig oder der Ausstieg aus der Produktion. Viertens führt die Politik der Handelsketten nicht zu biologischer Vielfalt, sondern zu Einfalt. Die globalen Vorgaben der Handelsketten verringern die Handlungsspielräume auf Betriebsebene und damit eine Anpassung an lokale Gegebenheiten. Zudem ist die Produktvielfalt in den Regalen nur eine scheinbare und basiert auf dem Einsatz von einigen wenigen standardisierten Rohstoffen.

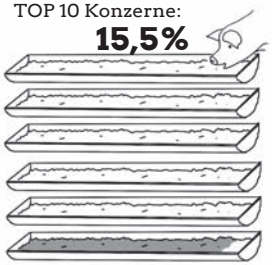
Auch demokratiepolitisch ist der Siegeszug der Supermärkte gefährlich. Wollen wir wirklich, dass einige wenige Akteur*innen die Produktion, den Vertrieb und die Verarbeitung unserer Lebensmittel kontrollieren? Regierungen verweisen darauf, dass die Konsument*innen mit ihrem Kaufverhalten die Zukunft der Landwirtschaft in der Hand haben, jedoch fördern sie mit ihrer Politik gleichzeitig die Vormachtstellung der Handelsketten. Anstatt unsere Stimme an der Supermarktkasse und deren Pseudoauswahl abzugeben, muss es also darum gehen an wirklichen Alternativen zu arbeiten.

Andreas Grünewald *hat in den letzten Jahren zu Veränderungen des globalen Agrarsystems geforscht und gelehrt.*

Machtkonzentration in der Lebensmittelindustrie

Futtermittel

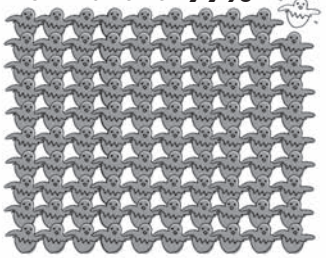
Marktanteil der TOP 10 Konzerne: **15,5%**



Tierzucht

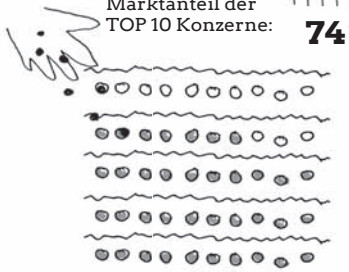
Marktanteil der TOP 4 Konzerne: **99%**

Nur noch 4 Unternehmen weltweit bei Masthühnchen.



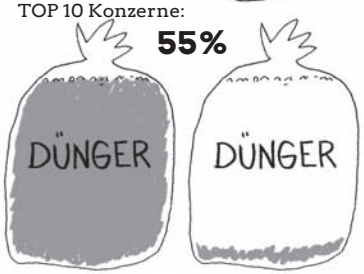
Saatgut

Marktanteil der TOP 10 Konzerne: **74%**



Düngemittel

Marktanteil der TOP 10 Konzerne: **55%**



Pestizide

Marktanteil der TOP 10 Konzerne: **90%**

Die Marktführer beherrschen auch den Saatgutmarkt!

Produktion

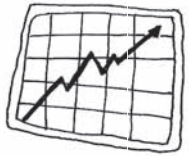
Weltweit gibt es etwa 1 Milliarde Bäuerinnen und Bauern auf etwa 450 Millionen Höfen, davon **85%** *kleinbäuerlich.*

Produktion

Sektoren der Wertschöpfungskette

Handel mit Getreide und Soja

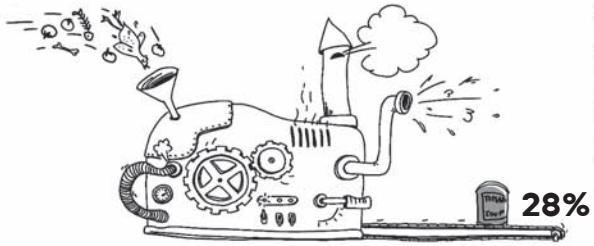
Marktanteil der TOP 4 Konzerne:



75%

Verarbeitung

Marktanteil der TOP 10 Konzerne:



28%

Einzelhandel

Marktanteil der TOP 10 Konzerne:

10,5%

6 Milliarden Verbraucher*innen

Trotz geringer globaler Marktanteile sind die größten Einzelhandelsketten mächtiger als viele Staaten.

Grafik: Marie-Pascale Gafinen Quelle: EvB_Agropoly_5/11

Lebensmittel für die Mülltonne

Mehr als ein Drittel der weltweit produzierten Lebensmittel landen ungenutzt in der Mülltonne, weil sie kleine ästhetische Unschönheiten aufweisen, das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten haben oder falsch etikettiert wurden und somit am Markt nicht mehr „konkurrenzfähig“ sind. Denn nur was einwandfrei aussieht, ist auch genießbar – so der Anspruch unserer Wegwerfgesellschaft, geprägt durch ein Marketing der Lebensmittelkosmetik.

Bananen werden unreif geerntet und im Supermarkt angeboten. Sobald sie ausreifen, die ersten braunen Flecken bekommen und erst wirklich genießbar werden, wandern sie auch schon in die Mülltonne, weil sie nicht mehr perfekt aussehen. Effizienzgetrimmte Supermarktketten vertreiben ihre Produkte primär, um Gewinn zu erwirtschaften, die wirkliche Qualität der Nahrungsmittel ist sekundär.

Ein Plädoyer für krumme Karotten

Die Produktions- und Vertriebsketten unserer Nahrungsmittel sind mittlerweile komplex und intransparent. Aufgrund des Standortwettbewerbs werden Lebensmittel dort produziert und verarbeitet, wo die Arbeitskraft am billigsten ist, um dann in „kaufkräftigen Ländern“ gewinnbringend verkauft zu werden. Dadurch verlängern sich die Transportwege dank billigem Erdöl enorm und der ökologische Fußabdruck der Produkte steigt. Der Gewinn der Agrar-Konzerne steigt, aber die Umweltkosten, die wir alle tragen, werden als „externe Kosten“ ausgelagert. Eine weitere scheinbare Effizienzsteigerung bringt die Industrialisierung der Landwirtschaft, welche aber voraussetzt, dass Gemüse „maschinengerecht“, also in normierten Größen angebaut, geerntet, verpackt und verkauft wird. Jedoch wachsen auf den Feldern die Karotten nicht nur in gerader,

einheitlicher Größe. Unförmige Karotten werden aussortiert und fallen schon am Feld das erste Mal der Verschwendung zum Opfer. Sind die übrig gebliebenen Gemüse im Supermarktregal dann nicht an zahlungskräftige Konsument*innen verkaufbar, werden sie weggeworfen. In Betracht zu ziehen sind auch die indirekten Ressourcenverluste, die mit der industriellen Landwirtschaft verbunden sind: Land, Wasser, Saatgut, Dünger, Treibstoff, Pestizide, Herbizide, Fungizide, Arbeitskraft und Zeit werden mit den Verlusten mitverschwendet, während zugleich der erhöhte Bedarf dieser Ressourcen Abholzung, Klimawandel und Verschmutzung vorantreiben.

Best before – but not worse after

Das Mindesthaltbarkeitsdatum bedeutet nicht, dass Lebensmittel nach dessen Ablauf ungenießbar sind. Es dient lediglich der rechtlichen Absicherung der Lebensmittelketten. Joghurt verändert nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums höchstens seine Konsistenz, nicht aber seinen Geschmack.

Mülltauchen – Einkaufen hinten herum

Eine gängige Praxis, der Verschwendung entgegenzuwirken ist das „Containern“, also Mülltonnen von Supermärkten nach genießbaren Lebensmitteln zu durchsuchen. Dort finden sich neben Unmengen von Brot, Gemüse und Joghurt auch Süßigkeiten, Kaffee und vieles mehr.

Mülltauchen ist also eine mögliche Widerstandsstrategie gegen Lebensmittelkonzerne. Die gefundenen Güter haben keinen Preis mehr, zugleich bleibt der Gebrauchswert zugänglich, wodurch Wirtschaften ohne Geld einen Schritt weiter ermöglicht wird. In einer Vision des guten Lebens muss nicht unbedingt in den Mistkübeln anderer gewühlt werden. Doch solange bestehende Machtstrukturen aufrechterhalten bleiben, ist „Dumpster Diving“ eine wunderbare Form der Kritik, die auch noch den Kühlschrank füllt. Aus dem Müll gerettete Nahrungsmittel sind also kostenlos und ermöglichen es so manchen Menschen davon zu Leben, was andere wegwerfen.

Urban Mining – Des Einen Müll ist des Anderen Gold

Analog zum Mülltauchen bei Supermärkten, lässt sich diese Methode auch auf viele andere Lebensbereiche anwenden. Es finden sich in der Stadt nicht nur Restmüllcontainer, sondern auch Bauschuttcontainer für Altholz und weitere Bauabfälle, die für die einen nicht nutzbare Abfälle sind, von einem anderen Blickwinkel betrachtet jedoch kostenlose Ressourcenquellen darstellen.

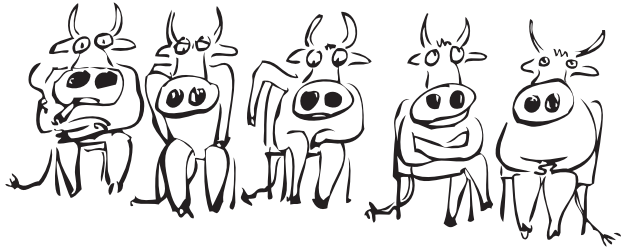
Lokale Ansätze für globale Probleme

Auf individueller Ebene lohnt es sich, auf die Qualität und Herkunft unserer Lebensmittel zu achten, statt auf deren Verpackung oder Form. Gemeinsames Dumpstern, Kochen und Essen aus dem Müll geretteter Lebensmittel (Volxküche) macht Spaß und kompensiert Verschwendung. Durchaus lohnenswert ist es, auch in Lebensmittelläden (Greißler) oder Restaurants um Abgelaufenes oder Reste zu fragen. Viele Laden- und Restaurantbesitzer*innen verschenken Essen gerne, bevor sie es wegwerfen.

Einige Lebensmittelketten verkaufen Backwaren vom Vortag verbilligt oder verschenken diese sogar in großen Mengen an gemeinnützige Organisationen. Auch wenn Supermäkte neuerdings über Marketingkampagnen vorgeben, die Verschwendung zu reduzieren, die Grundprobleme bleiben aufrecht: Es braucht systemische Veränderungen!

Die Machtkonzentration und der Profit in den Bereichen Handel und Verarbeitung ist noch immer zu groß (siehe S. 17 „Super Markt“). Von solidarischer Landwirtschaft belieferte „Zahl so viel du willst“-Restaurants oder „Kost Nix“-Cafè‘s bieten heute schon mögliche Alternativen.

Bernhard Lugger *ist im Alternativreferat der ÖH Uni Graz tätig und Mitglied der GELAWI „Kleine Farm“.*



Deklaration von Nyéléni Europa 2011

Europäisches Forum für Ernährungssouveränität

Krems, 21. August 2011

Die Menschen Europas sind gegenwärtig erstmals von jenen strukturellen Anpassungsprogrammen betroffen, die bisher den anderen Regionen der Welt, vor allem im globalen Süden, aufgezwungen wurden. Dies geschieht einzig im Interesse, den Kapitalismus und jene, die von ihm profitieren (private Banken, Investment-Gruppen und transnationale Konzerne), zu retten. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass die anti-sozialen Gesetzgebungen in naher Zukunft noch härter und umfassender werden. Die ersten großen Mobilisierungen gegen das ökonomische und politische System, das uns zu diesem Punkt gebracht hat, haben begonnen. Kreativ und entschlossen präsentieren die europäischen sozialen Bewegungen Antworten, um dem Modell der globalen Landwirtschaft entgegen zu treten, welches das exakte Spiegelbild jenes kapitalistischen Systems ist, von dem es geschaffen wurde.

Lebensmittel- und Agrarsysteme wurde auf das Modell der industrialisierten Landwirtschaft reduziert, die von einigen wenigen transnationalen Lebensmittelkonzernen zusammen mit einer kleinen Gruppe von mächtigen Handelsketten kontrolliert wird. Es ist ein Modell, das dafür geschaffen ist, Profite zu generieren und daher komplett darin versagt, seinen Verpflichtungen nach zu kommen. Statt der Erzeugung von Nahrungsmitteln zu dienen, die den Menschen nützen, gesund und erschwinglich sind, verschiebt sich der Fokus immer stärker auf die Produktion von Rohstoffen für Agrartreibstoffe, Futtermittel und die industrielle Verwertung. Einerseits verursacht dieses Modell einen enormen Verlust an landwirtschaftlichen Betrieben und Menschen, die von diesen leben, andererseits treibt es eine Ernährungsweise voran, die der Gesundheit schadet und nur unzureichende Mengen an Obst, Gemüse und Getreide beinhaltet.

Dieses industrielle Produktionsmodell ist von endlichen fossilen Treibstoffen und chemischen Hilfsmitteln abhängig. Es erkennt die Begrenztheit der Ressourcen wie Boden und Wasser nicht an. Es ist verantwortlich für den drastischen Verlust von Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit und trägt zum Klimawandel bei. Es zwingt tausende Menschen in Jobs, in denen ihre grundlegendsten Rechte nicht anerkannt werden und führt zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von BäuerInnen und ArbeiterInnen, im Besonderen von MigrantInnen. Es entfremdet uns immer mehr von einem respektvollen und nachhaltigen Umgang mit der Natur. Dass die Erde in einer solchen Art und Weise behandelt und ausgebeutet wird, ist die wesentliche Ursache für Armut im ländlichen Raum und den Hunger, unter dem mehr als eine Milliarde Menschen weltweit leiden (wie derzeit gerade am Horn von Afrika). Zusätzlich zwingt dieses Modell zur Migration, während gleichzeitig ein Überschuss an industriellen Nahrungsmitteln geschaffen wird, der entweder im Abfall landet oder Märkte innerhalb und außerhalb Europas überschwemmt und damit die lokale Produktion zerstört.

Diese Situation ist das Ergebnis einer Lebensmittel- und Agrar-, Finanz-, Handels- und Energiepolitik, die unsere Regierungen, die EU (besonders durch die Gemeinsame Agrarpolitik – GAP), multilaterale und Finanzinstitutionen sowie transnationale Konzerne durchgesetzt haben. Beispiele für diese Politik sind die Deregulierung und Liberalisierung der Agrarmärkte und die Nahrungsmittelspekulation.

Nur eine vollkommene Neuorientierung in der Lebensmittel- und Agrarpolitik und den entsprechenden Praktiken kann die Richtung, in die dieses nicht funktionierende Lebensmittelsystem steuert, ändern. Es ist unerlässlich, die Lebensmittel- und Agrarpolitik, besonders in Europa, nach den Prinzipien der Ernährungssouveränität umzugestalten – und zwar sofort.

Deshalb haben sich mehr als 400 Menschen aus 34 europäischen Ländern, vom Atlantik bis zum Ural und dem Kaukasus, von der Arktis bis zum Mittelmeer, zusammen mit internationalen Delegierten aus verschiedensten sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen vom 16. bis 21. August in Krems, Österreich zusammengefunden, um den Aufbau einer europäischen Bewegung für Ernährungssouveränität voranzutreiben. Wir bauen auf das Fundament der Deklaration des Nyeleni 2007 Forums für Ernährungssouveränität, welche den internationalen Rahmen für Ernährungssouveränität nochmals bestärkte - das Recht der Menschen, ihre eigenen Lebensmittel- und Agrarsysteme demokratisch zu gestalten ohne dabei anderen Menschen oder der Umwelt zu schaden.

Zahlreiche Erfahrungen und Praktiken existieren bereits im Hier und Jetzt, auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene. Sie basieren auf Ernährungssouveränität und zeigen auf, wie diese angewandt werden kann.

Wir sind Menschen, die auf den Menschenrechten basierende Werte teilen. Wir wollen Bewegungsfreiheit für alle Menschen an Stelle der freien Zirkulation von Kapital und Waren, die

zur Zerstörung von Existenzen führt und viele in die Migration zwingt. Unser Ziel ist Kooperation und Solidarität, im Gegensatz zu Konkurrenz. Wir verpflichten uns dazu, uns unsere Demokratie zurück zu erobern: Alle Menschen sollten in Belange von öffentlichem Interesse und in die politische Entscheidungsfindung eingebunden werden. Wir wollen kollektiv darüber entscheiden, wie wir unsere Lebensmittel- und Agrarsysteme organisieren. Dies erfordert den Aufbau von demokratischen Systemen und Verfahren, die frei von Gewalt und dem Einfluss von Konzernen sind und auf den gleichen Rechten aller und Geschlechtergleichheit basieren, was auch zur Überwindung des Patriarchats führt.

Viele von uns sind junge Menschen, die die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Kämpfe repräsentieren. Wir werden sicherstellen, dass unsere Energie und Kreativität unsere Bewegung stärken. Um dies zu erreichen, müssen wir bei der Bereitstellung von Lebensmitteln mitwirken können und in alle Strukturen und Entscheidungen eingebunden werden.

Wir sind davon überzeugt, dass Ernährungssouveränität nicht nur ein Schritt hin zur Veränderung

unserer Lebensmittel- und Agrarsysteme ist, sondern auch ein erster Schritt hin zu einem breiteren Wandel unserer Gesellschaften. Um dies zu erreichen, verpflichten wir uns, für folgende Veränderungen zu kämpfen:

Einen Umbruch in der Produktion und im Konsum von Nahrungsmitteln

Wir arbeiten an anpassungsfähigen Produktionssystemen für Nahrung, die gesunde und sichere Lebensmittel für alle Menschen in Europa zur Verfügung stellen, gleichzeitig die Biodiversität und die natürlichen Ressourcen bewahren und das Wohlergehen der Tiere sichern. Dies setzt ökologische Produktionsweisen in der Landwirtschaft und Fischerei voraus und verlangt nach einer Vielzahl von kleinbäuerlichen ProduzentInnen, GärterInnen und FischerInnen, die lokale Lebensmittel als Rückgrat des Nahrungsmittelsystems produzieren. Wir kämpfen gegen die Verwendung von GVO (Gentechnisch Veränderte Organismen) und nutzen und erhalten stattdessen eine Vielfalt von gentechnikfreien Saatgutsorten und Tierrassen in diesen Systemen. Wir fördern nachhaltige und vielfältige Esskulturen. Insbesondere unterstützen wir den Konsum von qualitativ hochwertigen, lokalen und saisonalen Lebensmitteln und nicht industriell produzierter Nahrung. Dies beinhaltet einen geringeren Verbrauch von Fleisch und tierischen Produkten. Diese dürfen ausschließlich mit Hilfe von regionalen, gentechnikfreien Futtermitteln, lokal erzeugt werden. Wir engagieren uns für die Verbreitung von Wissen über die Zubereitung und Verarbeitung von Lebensmitteln durch Bildung und Erfahrungsaustausch.

Neugestaltung der Lebensmittelverteilung

Wir arbeiten auf eine Dezentralisierung der Lebensmittelversorgung hin, indem wir vielfältige Märkte fördern, die auf Solidarität, gerechten Preisen, kurzen Versorgungsketten und eine Intensivierung der Beziehungen zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen basieren, die in lokalen Lebensmittelnetzwerken organisiert sind, um der Ausbreitung und der Macht der Supermärkte etwas entgegen zu setzen. Wir wollen die Grundsteine dafür legen, dass Menschen ihre eigenen Versorgungssysteme für Nahrungsmittel entwickeln können und es dadurch Bäuerinnen und Bauern ermöglicht wird, Lebensmittel für ihre Gemeinschaften herzustellen und zu verarbeiten. Dies erfordert Regeln in der Lebensmittelsicherheit (z.B. in den Hygienerichtlinien) und eine lokale Infrastruktur, die kleinbäuerliche ProduzentInnen unterstützt. Wir werden sicherstellen, dass die Lebensmittel, die wir produzieren, allen Menschen innerhalb unserer Gesellschaft zugänglich sind; einschließlich jener Menschen mit geringem oder keinem Einkommen.

Wertschätzung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Verhältnisse in Lebensmittel- und Agrarsystemen

Wir kämpfen gegen die Ausbeutung und Erniedrigung durch Arbeitsbedingungen und sozialen Verhältnisse und für die Rechte aller Menschen, die Lebensmittel zur Verfügung stellen, besonders die der SaisonarbeiterInnen und ArbeitsmigrantInnen in der Landwirtschaft, sowie der ArbeiterInnen in der verarbeitenden Industrie und dem Groß- und Einzelhandel. Wir arbeiten an politischen Entscheidungen und Maßnahmen, die soziale Rechte respektieren, hohe Standards setzen und die Umsetzung dieser Standards zur Bedingung für die Verteilung von öffentlichen Geldern machen. Die Gesellschaft muss größere Wertschätzung für die ProduzentInnen von Nahrungsmitteln und für ArbeiterInnen zeigen. Wir zielen auf eine breite Allianz zwischen allen im Nahrungsmittelsystem arbeitenden Menschen ab.

Das Recht auf Gemeingüter zurückfordern

Wir stellen uns der Verwertung, Kommerzialisierung und Patentierung unserer Gemeingüter entgegen und bekämpfen diese. Zu diesen Gemeingütern zählen: Land; traditionelles, nachbaubares Saatgut und Nutztierrassen in der Hand der BäuerInnen; die Fischbestände; Bäume und Wälder, Wasser, die Atmosphäre und unser Wissen. Der Zugang zu diesen soll nicht von Märkten und Geld bestimmt sein. Wir müssen bei der Nutzung dieser Gemeingüter die Einhaltung der Menschenrechte, der Geschlechtergerechtigkeit und den gesamtgesellschaftlichen Nutzen sicherstellen. Wir erkennen unsere Verantwortung an, unsere Gemeingüter nachhaltig zu nutzen und dabei die Rechte von Mutter Natur zu respektieren. Unsere Gemeingüter sollten durch kollektive, demokratische und gemeinschaftliche Kontrolle verwaltet werden.

Die Politiken verändern, die unsere Lebensmittel- und Agrarsysteme bestimmen

Wir kämpfen für eine Veränderung der politischen Regulierungen und der Verwaltungsstrukturen, die unser Lebensmittelsystem beherrschen – von der lokalen bis zur nationalen, von der europäischen bis zur globalen Ebene; und für eine Delegitimierung der Konzernmacht. Politiken müssen kohärent und aufeinander abgestimmt sein und unsere Lebensmittelsysteme und Ernährungskulturen schützen und stärken. Sie müssen auf dem Recht auf Nahrung basieren; Hunger und Armut beseitigen; die Erfüllung der grundlegenden Menschenrechte sicherstellen; und zur Klimagerechtigkeit beitragen – in Europa und weltweit. Wir brauchen rechtliche Rahmenbedingungen, die einen stabilen und fairen Preis für die ProduzentInnen garantieren; externe Kosten in den Lebensmittelpreis mit einbeziehen; eine umweltfreundliche Landwirtschaft begünstigen; und Landreformen vorantreiben. Diese politischen Rahmenbedingungen sollten dazu führen, dass es mehr Bäuerinnen und Bauern in Europa gibt. Um all diese Zielsetzungen zu erreichen, müssen politische Entscheidungen mit Hilfe einer Wissenschaft getroffen werden, die der Öffentlichkeit verpflichtet ist. Sie müssen sicherstellen, dass die Spekulation mit Nahrungsmitteln unterbunden wird und kein Schaden an bestehenden lokalen und regionalen Lebensmittelsystemen und Esskulturen angerichtet wird – weder durch Dumping auf anderen Märkten noch durch Landraub in Europa, besonders Osteuropa oder im Globalen Süden. Wir arbeiten auf eine neue Landwirtschafts-, Lebensmittel-, Saatgut-, Energie- und Handelspolitik im Sinne der Ernährungssouveränität in Europa hin, die international abgestimmt ist. Im Besonderen beinhaltet dies: eine andere Gemeinsame Agrar- und Lebensmittelpolitik; die Rücknahme der EU-Biotreibstoff-Richtlinie; und die globale Verwaltung des internationalen Agrarhandels durch die FAO statt der WTO.

Wir rufen die Menschen und sozialen Bewegungen in Europa dazu auf, sich gemeinsam mit uns in all unseren Kämpfen zu engagieren, um die Kontrolle über unsere Lebensmittelsysteme zu erlangen und die Bewegung für Ernährungssouveränität in Europa JETZT aufzubauen!

...und in der Stadt?

Warum Ernährungssouveränität und das Recht auf Stadt zusammengehören

Stadtbewohner*innen werden in Bezug auf Ernährung oft nur als Konsument*innen wahrgenommen. Ernährungssouveränität in der Stadt hängt dann von verschiedenen Faktoren ab. Von ausreichendem Einkommen, von der Erreichbarkeit der Geschäfte, von der Mobilität und von der angebotenen Auswahl an Nahrungsmitteln. Sie kann somit auf unterschiedliche Arten erlangt werden: durch höhere Löhne oder durch die Verbesserung des Angebots an biologisch und fair produzierten Produkten, oft erst auf Druck der Konsument*innen. Ernährungssouveränität und nachhaltige Ressourcennutzung gehen häufig Hand in Hand. Kommunalpolitik hat dabei einen großen Einfluss auf die Ernährungssouveränität der Bürger*innen durch die Planung kurzer Wege, durch den Erhalt der Nahversorgung oder durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Durch Sozialpolitik kann ein ausreichendes Einkommen gesichert werden. All das entspricht immer weniger der Realität vieler Menschen in den Städten.

Die Stadt gehört uns!

Die Stadt ist nicht nur gebaute Umwelt. Sie ist auch ein Erzeugnis des alltäglichen Lebens. Sie spiegelt die Abhängigkeiten, Ausgrenzungen und Ungerechtigkeiten, die das Leben kennzeichnen, und bringt diese mit hervor. Dies zu verändern ist für Ernährungssouveränität zentral. Die Kämpfe um Ernährungssouveränität in den Städten sind somit verbunden mit anderen Kämpfen. Denen gegen prekäre Arbeitsbedingungen und denen um die Aneignung des öffentlichen Raumes. Wer macht die neoliberale Stadt? Wer profitiert von ihr? Unter dem Motto „Recht auf Stadt" stellen Menschen den Anspruch auf Mitgestaltung ihrer Lebenswelt, eignen sich Räume an, um sie für ihre Zwecke selbstverwaltet zu verwenden. Sie schaffen „urban commons".

Commons bedeutet die gemeinsame, selbstorganisierte Nutzung von Ressourcen, die einer Gruppe von Nutzer*innen entweder als „Gabe" (der Natur oder einer Person) zugefallen sind, die kollektiv hergestellt oder aktiv angeeignet wurden. Historisch handelte es sich um Land, auf das die landlosen Bäuerinnen und Bauern Nutzungsrechte hatten und die sie zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse brauchten. Auch aktuell spielen Commons eine wichtige Rolle für Ernährungssouveränität, auf dem Land, aber – auch wenn es auf den ersten Blick erstaunlich sein mag – zunehmend auch in den Städten.

Das Streben nach Ernährungssouveränität nimmt dort vielfältige Formen an: von der Verwertung weggeworfener oder abgelaufener Lebensmittel durch Containern/Dumpstern und den Aufbau von Volxküchen oder der Nutzung von freien Ernteplätzen, Food-Coops und CSA, bis hin zu den verschiedenen Formen des „urban gardening".

Die Ziele, die damit verfolgt werden, sind ebenso vielfältig. Beim Containern und in Volxküchen geht es häufig explizit um die Entwicklung alternativer Wirtschafts- und Lebensformen, bei der Suche und Kartierung von Selbsternteplätzen geht es darum, Lebensmittel nicht verderben zu lassen, aber auch um den Spaß der gemeinsamen Tätigkeit beim Ernten und Verwerten. Bei der Kooperation mit Produzent*innen im ländlichen Raum ist das Ziel die direkte Solidarität, wobei sich die Kämpfe um Ernährungssouveränität in Stadt und Land verbinden.

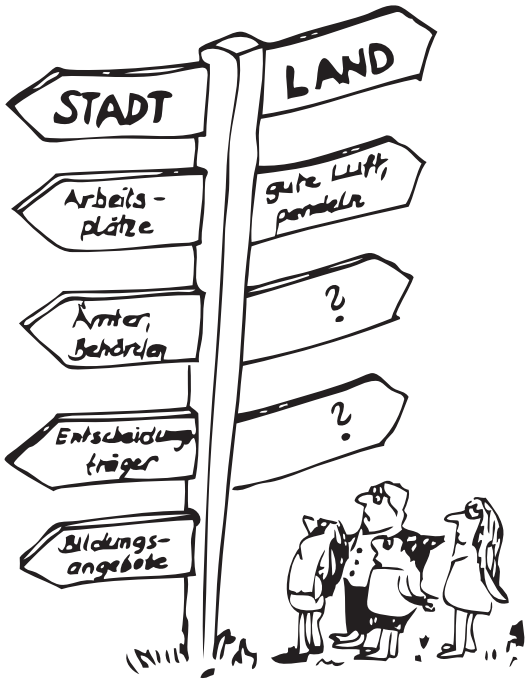
Eine besondere Bedeutung unter den „urban commons" haben Gemeinschaftsgärten. Sie verstärken soziale Beziehungen durch gemeinsames Arbeiten, ermöglichen dabei häufig gerade auch Migrant*innen selbstbestimmte Aktivität, sie verringern Abhängigkeiten, machen gesunde Nahrung auch für sozial Benachteiligte zugänglich, vermitteln das Gefühl einer gewissen Autonomie; in Krisenfällen ist die Grundversorgung gesichert.

In welcher Stadt wollen wir leben?

Alle diese Initiativen geben Menschen die Kontrolle über Teilbereiche ihres Lebens zurück, sie vergrößern die Entscheidungsspielräume in Bezug auf den Zugang zu Nahrungsmitteln und bieten die Möglichkeit zu gemeinsamem, selbstbestimmtem und sinnstiftendem Tätigsein im Gegensatz zu entfremdeter Lohnarbeit oder Arbeitslosigkeit.

Für Kommunalpolitiker*innen heißt das, bei der Planung nachhaltiger Städte und Gemeinden nicht nur technologische, sondern auch soziale Innovation zu ermöglichen, die autonome Nutzung von Land und Räumen nicht zu verbieten und zu kriminalisieren, sondern zu fördern und zu unterstützen. Das bedeutet Raum für Umsonstläden und Tauschkreise, für Reparaturbetriebe und offene Werkstätten. Es bedeutet eine Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen und Baugruppen oder die Stärkung der Vernetzung mit den Produzent*innen aus der Umgebung,damit regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen können. Damit wird nicht nur die Lebensqualität in der Stadt verbessert, sondern auch die Autonomie und Ernährungssouveränität der Bürger*innen. Ein gutes Beispiel für die Steigerung der Lebensqualität durch die Rückgabe öffentlicher Räume an die Bewohner*innen sind „essbare" Städte oder Gemeinden. [1] Kurz: „Gemeinsamer Besitz statt privates Eigentum! Nichteigentumsorientierte Modelle, die selbstorganisiert und selbstverwaltet werden, gehören auf die Prioritätenliste aller Kommunen" [2].

Brigitte Kratzwald *ist Sozialwissenschafterin und arbeitet zum Thema Commons.*



[1] In Österreich gibt es Ansätze dazu in Wiener Neustadt, Linz und Übelbach in der Steiermark

[2] http://commonsblog.wordpress.com/2011/03/19/wenn-kommunalpolitikern-die-commons-nicht- wurst-kase-schnapsegal-sind/

Die Strategie der krummen Gurken

Gartencoop in Freiburg setzt auf Verstehen und Vertrauen statt auf Freihandel

Jede Gurke, die man essen kann, landet bei der Gartencoop in der Gemüsekiste. Ob sie krumm ist oder gerade, groß oder klein, hellgrün oder dunkelgrün. Vielfalt ist Trumpf und nichts soll verschwendet werden - sondern alles, was gut ist, in den Kochtöpfen der Mitglieder landen.
Die Gartencoop Freiburg ist eine Kooperative mit 250 Mitgliedern, die den Gemüseanbau solidarisch finanzieren, tatkräftig anpacken und sich die Ernte teilen.

Wie alles anfing.....

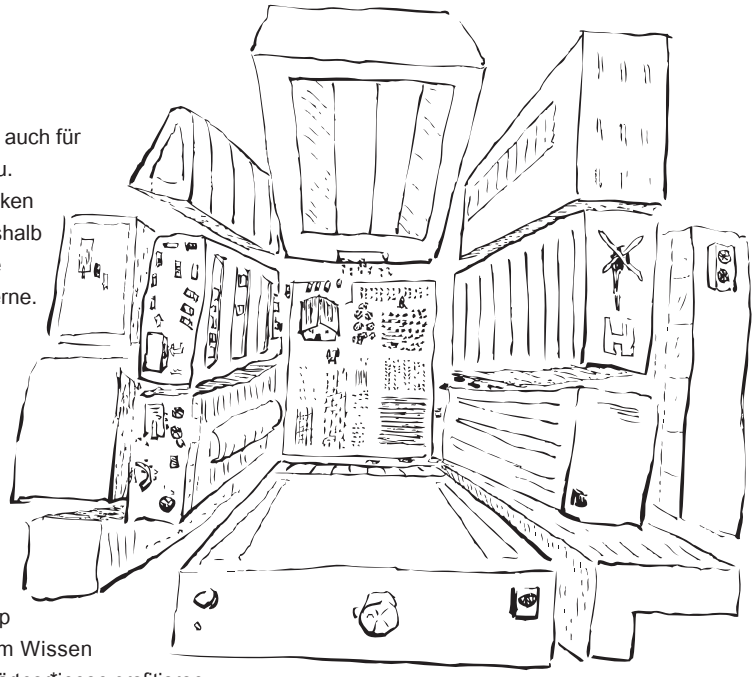
Nach einer mühsamen Suche nach Land startete die Gartencoop 2010 den Gemüseanbau auf einem 9ha großen Acker 20km südlich von Freiburg. Parallel zur Landsuche konstituierte sich eine Kerngruppe von Leuten, die das Projekt gemeinsam vorantrieben. Einige von ihnen sind heute als Gärtner*innen auf dem Hof tätig, andere in der Koordinationsgruppe der Kooperative engagiert.

Gemeinschaftliches Arbeiten

Einmal wöchentlich wird frisches Gemüse vom Hof mit einem Carsharing-Bus zu einem Umschlagplatz in Freiburg transportiert. Dort wird es dann auf Fahrradanhänger umgeladen und per Muskelkraft zu den einzelnen Depots transportiert, wo die Mitglieder es selber abholen.
Die Mitglieder der Gartenkooperative helfen regelmäßig mit – beim Jäten, beim Ernten, beim Packen der Gemüsekisten und natürlich beim gemeinsamen Feiern. Für die fünf Gärtner*innen bedeutet dies, dass sie neben ihrem fachlichen Wissen im Bereich Gemüsebau auch eine Menge pädagogisches und organisatorisches Fingerspitzengefühl brauchen. Lukas erklärt: „Es geht darum, die Arbeit sinnvoll aufzuteilen und ein Verständnis für die einzelnen Bereiche des Gemüsebaus zu vermitteln. Das ist manchmal auch anstrengend, aber es ist toll, diesen Hof mit vielen politischen Leuten gemeinsam zu machen."
Ich frage Lukas, warum er sich für die Gartencoop und nicht für den Aufbau eines eigenen landwirtschaftlichen Betriebes entschieden hat. Seine Antwort kommt prompt und engagiert: „Der freie Markt ist nicht attraktiv. Als Junglandwirt mit eigenem Hof hätte ich ständig mit Banken und Bürokraten zu tun. Über das Modell der Kooperative wird der Hof vom marktwirtschaftlichen Druck entlastet. Es entsteht Freiraum, den wir für den guten ökologischen Anbau und die Weitergabe von Wissen an die Mitglieder verwendet können." Das Fruchtfolgekonzept ist ausgeklügelt und die Vielfalt der angebauten, ausschließlich samenfesten Sorten groß.

Solidarische Ökonomie

Im Mittelpunkt der solidarischen Landwirtschaft steht eine gemeinsame Vereinbarung: Der Hof versorgt die Mitglieder und alle teilen sich die damit verbundene Verantwortung, das Risiko, die Kosten und die Ernte. Ernteausfälle werden gemeinsam geschultert und reiche Ernten ebenfalls miteinander geteilt. Bezahlt wird für die Landbewirtschaftung, nicht für die Produkte.
Solidarisch bezieht sich auch auf die Mitglieder des Vereins. Jeder soll mitmachen können. Kathrin erklärt, wie es funktioniert: „Bei der jährlichen Mitgliederversammlung stellt die GbR die zu erwartenden Kosten für das nächste Jahr vor. Und dann gibt es eine Biete-Runde, bei der jedes Mitglied verdeckt auf einen Zettel schreibt, welchen Mitgliedsbeitrag es leisten kann und möchte."
Dieses System funktioniert ziemlich gut. Manche geben mehr als den Richtwert und so können andere, weniger Betuchte, einen geringeren Beitrag leisten. Das trifft auch für die Mitgliedereinsätze zu. Oma Maier fällt das Bücken schwer und sie mag deshalb nicht aufs Feld. Aber sie kocht wunderbar und gerne. Und so freuen sich die Mitglieder am Mittwoch, wenn sie mit dem Ernten fertig sind, dass sie sich an den gedeckten Tisch setzen und schmausen können. Jedes Mitglied kann sich entsprechend seiner Interessen und Talente in die Gartencoop einbringen und von dem Wissen und der Erfahrung der Gärtner*innen profitieren.

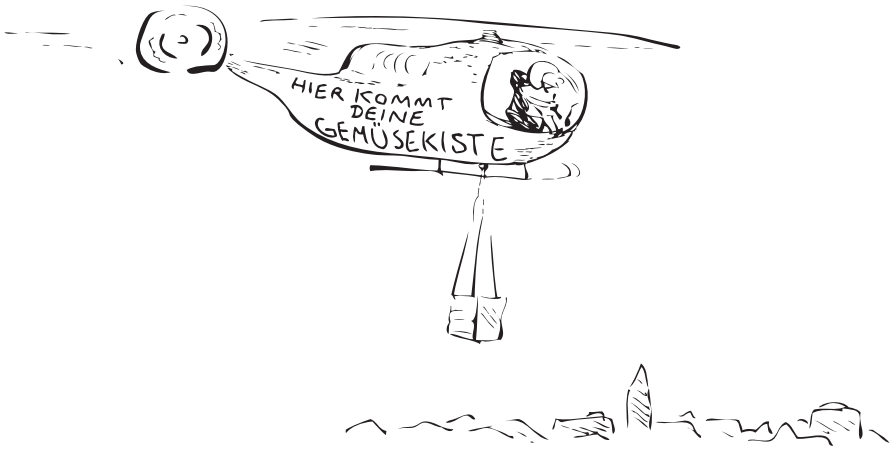


Lebensmittel sind keine Ware

Ich frage nach, ob es eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Bauern gibt. Lukas antwortet: „Ja, die gibt es. Wir helfen uns mit Geräten und Maschinen aus und manchmal macht der eine oder andere für uns was im Ackerbau. Auch im Beregnungsverband trifft man sich." Und wie sehen die Bauern euch? „Die finden uns lustig, wie wir die Möhren mit der Hand jäten. Aber sie sehen auch, was wir schaffen und dass wir etwas aufbauen. Dass wir fleißig sind. Und das erkennen sie an." Und dann sagt Luciano aus dem Koordinationskreis noch etwas Essentielles: „Für uns sind Lebensmittel keine Ware." Damit ist das Selbstverständnis der Gartenkooperative auf den Punkt gebracht. Es geht um eine ökologisch und sozial nachhaltige Landbewirtschaftung, die einer Gruppe von Menschen, die sich mit dem Hof verbunden fühlen, Lebensmittel - also Mittel zum Leben - liefert.
Der Artikel erschien in:www.bauernstimme.de

Sonja Korspeter *ist Soziologin und arbeitet heute als selbständige Agrarjournalistin und Beraterin in der Schweiz und in Süddeutschland. Gemeinsam mit anderen baut sie auch ein Projekt Solidarischer Landwirtschaft in Baden / Schweiz auf, das in 2014 die ersten Gemüsekisten verteilen wird.*

Austausch zu Solidarischer Landwirtschaft
Durch das Projekt CSA4Europe wurde ein internationaler Austausch zwischen den Initiativen Solidarischer Landwirtschaft ermöglicht. Mehr dazu findet ihr unter:
ernährungssouveränität.at/wiki/Solidarische_Landwirtschaft
In Österreich ist durch dieses Projekt ebenfalls eine Vernetzungsplattform entstanden.
Kontakt: **csa4europe@attac.at**



Erfolgsgeschichte Foodcoops?

Im Frühjahr 2007 gründen gut ein Dutzend junger Leute in Wien den Verein „Bioparadeis“. Die erste Foodcoop Österreichs hat den Anspruch, eine Alternative zu industrialisierter Lebensmittelproduktion und zentralisierten Handelsstrukturen aufzubauen. Ihre Mitglieder beziehen gemeinsam nachhaltig produzierte Lebensmittel direkt von Produzent*innen aus der Region. Die internen Strukturen sind gewagt, die Initiative ist selbstverwaltet, basisdemokratisch und nicht gewinnorientiert.
Sechs Jahre später berichten zahlreiche große Medien bereits über den „neuen Trend“ Foodcoops, die „wie die Schwammerln aus dem Boden sprießen“, ja vom „Siegeszug der Foodcoops“* ist gar die Rede.

Zeit für eine Bilanz:
Lebensmittelkooperativen sind in Ländern wie Deutschland, Italien, den USA und Japan seit Jahrzehnten etabliert (einige Hundert bis viele Tausend pro Land). In Österreich existieren derzeit ca. 20 Initiativen in größeren Ballungsräumen. In ländlichen Regionen sind Foodcoops noch nicht zu finden. Die geschätzten 500 bis 1.000 Foodcoop-Mitglieder sind eine eher homogene Gruppe (jung, weiß, meist studierend). Menschen aus anderen Schichten sind nur marginal vertreten.
Die Vermarktung mit Hilfe von Foodcoops stellt für kleinstrukturierte Direktvermarkter eine gute Ergänzung zu Bauernmärkten und Bioläden dar. Ausschließlich davon leben kann jedoch noch kein Betrieb, und das wirtschaftliche Risiko liegt – anders als beim CSA-Modell – alleine bei den Produzent*innen.
Auch wenn die Berichte in den Medien viel Aufmerksamkeit nach sich gezogen haben, weiß der überwiegende Teil der österreichischen

Bäuerinnen und Bauern über diese alternative Vermarktungsform nicht Bescheid bzw. sind deren Betriebsstrukturen aus verschiedenen Gründen auch gar nicht dafür geeignet. Und auf Konsument*innenseite werden Bioprodukte weiterhin mehrheitlich in Supermärkten und Diskontern gekauft.

Von einem Siegeszug der Foodcoops zu sprechen scheint also zumindest verfrüht. Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt aber: Foodcoops funktionieren und ihre Anzahl nimmt beständig zu.

Warum Foodcoops – und was hat das mit Ernährungssouveränität zu tun?
Warum stecken immer mehr Menschen ihre freie Zeit und Energie in den Aufbau von Foodcoops, anstatt den bequemen Weg in den nächstgelegenen Supermarkt zu gehen? Der Einzelhandel hat das Segment der „bewussten Konsument*innen“ doch längst als kaufkräftige Zielgruppe ausgemacht und setzt verstärkt auf Bio, regional und Fairtrade.

Foodcoop-Mitgliedern geht der Ökotrend innerhalb des konventionellen Lebensmittelsystems nicht weit genug. Sie definieren ihre Rolle als Konsument*in nicht allein dadurch, sich von romantisierenden Werbebotschaften zum Kauf von Bioprodukten bewegen zu lassen. Konsument*innendemokratie bedeutet für sie nicht, vor dem Supermarktregal zu entscheiden, ob sie den Gewinn der Handelskette mit dem Premium- oder dem Billigprodukt steigern.

In einer Foodcoop definieren die Mitglieder Auswahlkriterien für das Sortiment und die Art und Weise der Verteilung selbst, wählen gemeinsam Produzent*innen, und entscheiden miteinander über die Preisgestaltung. Die Mitbestimmung aller Mitglieder einer Foodcoop in Entscheidungsprozessen ist ein Ansatz zur Redemokratisierung des Lebensmittelsystems.

“Fairtrade“ bleibt nicht nur ein Schlagwort. Die Wertschöpfungskette besteht meist nur aus den Produzent*innen und Konsument*innen, die Mitglieder wissen, dass ihr Geld in der Regel zu 100 % auf den Höfen ankommt. Diese Grundsätze sowie das ehrenamtliche Engagement und der generelle Non-Profit-Gedanke in den Foodcoops sorgen für angemessene Preise auf Konsument*innen- und Produzent*-innenseite.
Vertrauen basiert nicht auf Kontrollstellen und Gütesiegeln, sondern auf direkten Kontakten. Durch Besuche und auch Mithilfe auf den Bauernhöfen erhalten die Konsument*innen einen Einblick in die Produktion ihrer Lebensmittel und die Produzent*innen erfahren Wertschätzung für ihre Arbeit. Den wichtigsten Beitrag zur Stärkung von Ernährungssouveränität leisten Foodcoops aber durch ihren niederschwelligen Einstieg.

Neue Mitglieder brauchen kein fundiertes Wissen über die Missstände im Agrarbereich. Viele kommen einfach nur mit dem Gefühl, dass Biolebensmittel im Supermarkt kaufen nicht alles sein kann und es bessere Wege zur Unterstützung einer nachhaltigen Landwirtschaft geben muss. Die Mitgliedschaft in den Vereinen ist ein Prozess, in dem Konsumgewohnheiten Schritt für Schritt verändert werden können und Wissen gemeinsam gesammelt wird. Denn Foodcoops sind nicht nur Lebensmittellager sondern auch sozialer Treffpunkt. Die Mitglieder nehmen neben dem Essen auch Informationen, Eindrücke aus Diskussionen und Erfahrungen aus der Mitarbeit im Verein und den Kontakten zu den Produzent*innen mit nach Hause.

Foodcoops alleine reichen sicher nicht aus, um Ernährungssouveränität zu verwirklichen, ihre Strukturen sind derzeit nicht breitenwirksam genug. Auch werden die oben beschriebenen, selbstauferlegten Ansprüche in der Realität oft nicht vollständig erreicht, aber das muss auch gar nicht sein. Foodcoops sind nicht zuletzt praxisorientierte Lernräume, in denen mit wesentlichen Fragen der Ernährungssouveränität - bewusst oder unbewusst – experimentiert werden kann.

Weitere Infos **www.foodcoops.at**

Dominik Dax *ist in einer Foodcoop und in der Bewegung für Ernährungssouveränität aktiv.*

Biolandwirtschaft = Bäuerliche Landwirtschaft?

Auf den ersten Blick scheint ja meistens alles klar zu sein. Natürlich ist Biolandwirtschaft bäuerliche Landwirtschaft. Was soll also das Fragezeichen im Titel?

Als Biobäuerinnen und -bauern arbeiten wir mit der Natur zusammen und nicht gegen sie und vor allem achten wir auf möglichst geschlossene Kreisläufe in unseren Betrieben. Dennoch wirft die Entwicklung des Biolandbaus spätestens seit dem Eintritt der großen Supermärkte in die Biowelt einige Fragen auf.
Der energetische und stoffliche Kreislauf auf dem Hof ist ein Ideal, das in der Wirklichkeit nie erreicht werden kann. Denn als Produzent*innen von Lebensmitteln verlassen diese unseren Hof, um andere Menschen zu ernähren. Doch das Loch kann größer oder kleiner sein. Auch die biologische Landwirtschaft, zumindest in der industrialisierten Nordhemisphäre, ist auf viele Inputs von außen angewiesen.

Ohne Erdöl kein Bauernhof

Wenn heute im Zusammenhang von Peak Oil über unsere erdölabhängige Gesellschaft nachgedacht wird, können wir uns auch als Biobäuerinnen und -bauern nicht mehr herausnehmen. Der Einzug des Erdöls in die Landwirtschaft hat zu einer enormen Rationalisierung der Agrarproduktion geführt und abertausende Menschen aus dem Primärsektor herausgespuckt. Weiters sind Nebenerwerb, Intensivierung der Flächen, Verlust der Artenvielfalt und Verlust traditionellen Wissens heute dominante Tendenzen.
Wie produzieren wir, wenn uns der Ölhahn zugedreht wird? Sollten wir uns nicht jetzt schon auf eine postfossile Landwirtschaft einstellen? Wie ist so ein Einstieg in den Ausstieg aus der fossilistischen Landwirtschaft machbar? Eine Bewegung in diese Richtung wird nur möglich sein, wenn sich die Gesamtgesellschaft in diese Richtung bewegt. Dennoch können wir Bäuerinnen und Bauern eine Vorreiter*innenrolle in diesem Prozess wahrnehmen, indem wir versuchen müssen möglichst viele andere Menschen zu überzeugen und auf unserem Weg mitzunehmen.

Futter von weit her

Eine weitere Vergrößerung des Lochs im Stoffkreislauf des Hofes waren und sind die Futtermittelzukäufe. Früher war bäuerliche Landwirtschaft zwingend Kreislaufwirtschaft und bodenabhängig. Die zunehmenden Futtermittelimporte führten zu überhöhten Tierbeständen, deren Mist und Gülle die knappen Felder und Wiesen überdüngten. Auch im Biolandbau ist die Abhängigkeit von Futtermittelimporten augenscheinlich. Wir stehen vor dem Problem, dass wir mit Tieren arbeiten, die wir nicht mehr selber, also hofeigen, füttern können. Ein großer Teil des Futters kommt von weit her – das ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Da ist Dünger in meinem Bio

Auch die Handelsdüngemittel reißen den Stoffkreislauf weiter auf. Zwar sind im biologischen Landbau synthetische und mineralische Dünger verboten, dennoch gibt es ein Angebot in Hülle und Fülle, da der wirtschaftliche Druck immer mehr zunimmt. Dass die Bio-Hilfsstoffliste mittlerweile 115 Seiten umfasst und problemlos auch Produkte von Syngenta und Bayer gefunden werden können, wirft weitere Fragen auf. Der Biolandbau, der sich historisch gegen die Industrialisierung und Chemisierung der Landwirtschaft wehrte, ist heute selbst zu einem interessanten Markt für die weltweit dominierenden Agrokonzerne geworden. Während Syngenta in Südamerika weiter in Europa verbotene Mittel verkaufen und für eine Agrarreform kämpfende Kolleg*innen der brasilianischen Landlosenbewegung ermorden lassen kann, verkaufen sie uns hier Produkte für den biologischen Pflanzenschutz und verweisen auf ihr Engagement für den Biolandbau mit ihrer Nachhaltigkeitsstiftung.

Agrar-Ökologie

Bedenklich ist auch, wie sich eine konventionelle Denkweise im Biolandbau eingenistet hat und zur Mehrheitsmeinung geworden ist. Gibt es ein Pflanzenschutzproblem, wird der Schädling oder die Krankheit gesucht, um sie direkt zu bekämpfen. Immer weniger wird versucht, Pflanzenschutz- oder Gesundheitsprobleme ganzheitlich zu ergründen und Antworten zu suchen. Diese Inputabhängigkeit hat in Südamerika auch dazu geführt, dass sich ländliche soziale Bewegungen vom Biolandbau abgewendet und sich der „Agroecología“ zugewandt haben. Sie wollen möglichst unabhängig und selbstbestimmt produzieren und leben, die Früchte ihrer Arbeit in ihrem Land absetzen und nicht transatlantische Nischenmärkte besetzen. Denn nur indem sie ihre gesellschaftliche Wichtigkeit und Notwendigkeit in ihrem eigenen Land unter Beweis stellen können, werden sie ihre gesellschaftliche Lage verbessern. Wie die Biopionier*innene einstmals, sehen die Exponent*innen der Agrarökologie die Lösung in der Schaffung eines durch hohe Artenvielfalt stabilen Agrarökosystems. Ein System, welches sich in sich selber ausgleicht und stabilisiert. Doch der Trend zur Spezialisierung und Monokulturalisierung aufgrund des wirtschaftlichen Druckes geht in die entgegengesetzte Richtung. Um diese Entwicklung umzukehren, müssen Strategien entwickelt werden, die über den bäuerlichen Tellerrand hinausschauen und die ganze Gesellschaft grundlegend transformieren.
(gekürzte Fassung aus der Zeitschrift der ÖBV-Vía Campesina Nr.317 Nr 2/2011)

Reto Sonderegger *ist Sekretär bei Uniterre und seit Juli 2011 Biobauer im Nordosten Argentiniens.*

Ernährungssouveränität und die Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) stammt aus einer Zeit, in der Hunger in Europa allgegenwärtig war. Garantierte Mindestpreise und der technologische Fortschritt sorgten dafür, dass aus der Mangelversorgung bald eine Überschussproduktion wurde – Stichwort Butterberge und Milchseen. Die EU (damals noch EWG) reagierte und begann die Überschüsse aufzukaufen und auf dem Weltmarkt billig abzusetzen.

Wegen dieser Exportsubventionen (Dumping) kam die EU Anfang der 90er Jahre zunehmend unter Druck und erklärte sich bereit, ihre handelsverzerrenden Beihilfen zu reduzieren. Um ihre Exportstrategie – im Interesse ihrer Agrarmultis – fortführen zu können, subventionierte die EU fortan nicht mehr den Export, sondern senkte dank interner Beihilfen die realen Produktionskosten (gilt nicht als Dumping). Statt also Instrumente zur Verringerung der Überschussproduktion einzuführen, stellte sie ihre Subventionen schrittweise auf (angeblich entkoppelte) Direktzahlungen um. Dies ermöglicht, Produkte zu niedrigen Preisen auf den Weltagrarmärkten abzusetzen, ohne dafür des Dumpings gescholten zu werden.

Die direkten Förderungen der GAP haben aber dieselben (wenn nicht sogar noch schlimmere) Auswirkungen auf die globalen Agrarmärkte. Die Abgaben europäischer Steuerzahler*innen tragen somit dazu bei, die Verwirklichung von Ernährungssouveränität zu behindern und das Recht auf Nahrung in armen Ländern zu verletzen.

Die GAP-Reform

Obwohl jährlich ca. 60 Mrd. Euro in die EU-Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raumes gepumpt werden, schrumpfte die Anzahl der europäischen Betriebe zwischen 2003 und 2010 um 20 %, Biodiversität geht rasant verloren und EU-Lebensmittelexporte haben desaströse Auswirkungen auf die Märkte des Südens. Die GAP-Reform hätte somit die höchst notwendige Gelegenheit geboten, die gesellschaftliche Legitimität der GAP wiederherzustellen. Mit dem Anspruch, eine ökologisch und sozial gerechtere GAP zu entwickeln, trat Dacian Ciolos sein Amt als EU-Landwirtschaftskommissar an. Nach den „Trilog"-Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament blieb davon wenig übrig. Kräftiges Lobbying und zähe Verhandlungen verwässerten den ohnehin als wenig ambitioniert geltenden Vorschlag weiter.

Greening oder doch Greenwashing?

Als Herzstück der GAP-Reform gilt die Neugestaltung der Direktzahlungen der so genannten 1. Säule. Zukünftig sollen 30 % der Direktzahlungen nur dann bezahlt werden (Kürzungen erst ab 2017), wenn folgende ökologische Mindeststandards gewährleistet sind:

- ein Grünlandumbruchverbot (Erhalt Dauergrünland des Jahres 2014)
- 5% der Ackerflächen als ökologische Vorrangflächen ab 15 ha Ackerfläche (Blühstreifen, Bienenweiden, Hecken)
- Diversifizierung der Anbaufrüchte (ab 10 ha Acker pro Betrieb mindestens zwei Früchte; ab 30 ha mindestens drei Früchte; ab 75 % Grünlandanteil ausgenommen)

Bereits im Vorschlag der Kommission galt das Greening vielen Umweltorganisationen als zahnlos. Mit diesem Beschluss ist es nun endgültig zur „lahmen Ente" verkommen. Auf den 5% ökologischen Vorrangflächen dürfen auch Eiweißpflanzen wie Soja, Ackerbohnen und Erbsen angebaut werden. Da es dort scheinbar möglich ist, Pestizide und Handelsdünger einzusetzen, kann von ökologisch wohl kaum die Rede sein.

Umverteilung – Nein danke!

Dies scheint das Motiv der handelnden Akteur*innen zu sein, denn auch der Versuch, der ungerechten Verteilung der Gelder (20 % der Betriebe erhalten 80 % der Gelder) einen Riegel vorzuschieben, blieb erfolglos. Es fehlen verpflichtende Obergrenzen (Capping) bei den Direktzahlungen, und erst bei 150.000 Euro Basisprämie/Betrieb (Löhne und Lohnnebenkosten können zusammen gerechnet werden) werden 5 % abgezogen. Mitgliedstaaten können freiwillig eine schärfere Degression oder auch eine Obergrenze (ab 150.000 Euro/Betrieb) einzuführen. Ob diese Möglichkeiten genutzt werden, bleibt abzuwarte.

Verpasste Chancen

Dass die Reform keinerlei Marktregulierungsmaßnahmen beinhaltet und die Exportorientierung unvermindert fortgesetzt wird, ist ein schwerwiegendes Versäumnis. Durch massive Preisschwankungen (fehlende Regulierung des Angebots) verlieren neben den Bauern und Bäuerinnen fast alle Bürger*innen Europas; die Profite streifen vor allem die großen Agrarkonzerne und die Supermarktketten ein.

Durch großzügige Übergangszeiten (bis 2019) und Ausnahmeregeln (z. B.: nicht mehr als 30 % Verlust) wird auch die Umstellung auf eine einheitliche Flächenprämien verwässert. Die Koppelung der Direktzahlungen an die standardisierte notwendige Arbeitszeit (anstatt an die Fläche) wurde leider nicht diskutiert.

Viele Baustellen bleiben offen, der fundamentale Wandel in der Ausgestaltung der EU-Landwirtschaftspolitik bleibt aus. Die Bedürfnisse der Menschen und ihrer Umwelt ins Zentrum zu rücken, wird nicht umgesetzt. Eine Agrarpolitik, die auf Ernährungssouveränität beruht und das Recht auf Nahrung für alle gewährleistet, die natürlichen Ressourcen für zukünftige Generationen erhält und ländliche Räume stärkt, lässt noch auf sich warten.

Ludwig Rumetshofer *ist Geschäftsleiter und Bildungsreferent bei der ÖBV (Österreichsche Berg- und Kleinbäuer*innen Vereinigung www.viacampesina.at).*

Ich möchte einen Hof bewirtschaften, ohne einen Bauern zu heiraten!

Fast auf allen mir bekannten Höfen stehen Frauen, Mütter, Töchter oder Schwestern in der Küche und kümmern sich um Kinder, Haus und Hof, während ihre Männer am Traktor sitzen oder die Maschinen reparieren. Diese Arbeitsaufteilung ist zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse, die weibliche Arbeit zur unentgeltlichen Voraussetzung der Produktion macht. Typisch weibliche Aufgaben wie das Aufziehen von Kindern und die Arbeit im und um das Haus werden in unserer Gesellschaft viel schlechter bewertet als beispielsweise auf einem Traktor zu sitzen und Getreide zu ernten. Daher bekommt ein Bauer für seine Produkte einen Lohn und eine Bäuerin für die Erziehung ihrer Kinder keinen.

Gleiche Rechte am Hof?

Durch traditionelle Erbfolgen bleibt der Hof in den meisten Fällen in der Hand von Männern, und bis heute sind 62 Prozent der Betriebe in Österreich im Besitz von Männern. Nur 15 Porzent werden von beiden Ehepartnern gemeinsam geleitet. Doch wenn eine Frau den Hof besitzt oder führt ist das keine Garantie dafür, dass sie bei wichtigen Entscheidungen (wie etwa dem Bau eines neuen Stalls) auch mitreden darf. Besonders deutlich wird die Ungleichheit der Geschlechter in der bäuerlichen Interessenvertretung: den Landwirtschaftskammern und im Bauernbund. Man findet kaum Frauen auf höheren Ebenen als den Bezirksbauernkammern, und auch die Frauenorganisationen innerhalb der Kammer halten ein traditionelles Bild von der guten Bäuerin, die ihren Mann und die Kinder versorgt und sich um Haus und Hof kümmert, aufrecht. Nur wenige Organisationen versuchen diese Geschlechterverhältnisse aufzubrechen: Der Frauenarbeitskreis der ÖBV (Österreichische Berg- und Kleinbäuer_Innenvereinigung) ist dabei ein leuchtendes Beispiel. Bereits seit vielen Jahren arbeitet dieser zum Thema Geschlechterverhältnisse in der bäuerlichen Landwirtschaft und thematisiert (ökonomische und soziale) Gewalt an Frauen. Dass Mann und Frau als gleichberechtigtes Betriebsführer*innenpaar den Hof leiten, ist – neben dem gemeinsamen Besitz des Hofes – eine der wichtigsten Forderungen der ÖBV.

„Einen Bauern heiraten“

Viele selbstbewusste Bäuerinnen suchen mit ihrem Partner einen gleichberechtigten Lebensweg und versuchen traditionelle Rollenmuster zu überwinden. Und dennoch gelingt das nur sehr wenigen. Ich frage mich warum?

Da ich selber Bäuerin werden will und keinen Hof erben werde, ist es mir schon oft passiert, dass Menschen zu mir gesagt haben:„Ja, dann musst du einen Bauern heiraten!“.

Aber warum muss ich als zukünftige Bäuerin einen Partner wählen, der auch in der Landwirtschaft arbeitet? Warum glauben so viele Leute, ich könne nur Zugang zu Land bekommen, wenn ich viel Geld habe oder heirate? Am treffendsten wird die enge Verwobenheit von Familie, Ehe und Bauernhof in der Fernsehserie „Bauer sucht Frau“ ausgedrückt. Doch warum ist es gerade der „Bauer“, der eine Frau sucht? Es erschiene uns auch völlig absurd, wenn eine Serie „Installateur sucht Frau“ hieße, denn von der Frau eines Installateurs wird nicht erwartet, dass sie in die Firma mitkommt und ihrem Mann die Rohrzange reicht. Da reicht es, wenn sie sich um die gemeinsamen Kinder kümmert.

Ernährungssouveränität bedeutet daher auch, die Bewertung (oder den Begriff) von Arbeit grundlegend zu verändern: Haushalt und Kindererziehung dürfen nicht länger außerhalb des Produktiven verortet werden und gleichzeitig von Frauen erwartet werden, dass sie diese Arbeit unentgeltlich erledigen. Auch nicht in der bäuerlichen Familie, nur weil Frauen scheinbar am gemeinsamen Einkommen beteiligt sind.

Kollektives Leben

Zur Überwindung dieser patriarchalen Strukturen in der Landwirtschaft möchte ich kollektive Lebensformen (wieder) ins Bewusstsein rufen. In der Bewegung für Ernährungssouveränität gibt es immer mehr Menschen, die Hof- und Wirtschaftsgemeinschaften gründen oder landwirtschaftliche Flächen kollektiv kaufen. Diese kollektiven Lebensformen sind natürlich keine Garantie für die Überwindung patriarchaler Geschlechterverhältnisse, doch die Beziehungen, welche die Menschen in diesen Kollektiven zueinander aufbauen, beruhen - im Gegensatz zu der Ehe am bäuerlichen Betrieb - nicht auf ihrem Geschlecht. Die Partner*innen müssen nicht denselben Berufswunsch haben und vielfältige Beziehungsmodelle und Geschlechtsidentitäten haben ihren Platz. Gleichzeitig ist eine Reflexion der eigenen Lebensformen und Bedürfnisse immer wieder notwendig. Es eröffnet aber auch Möglichkeiten, gemeinsame Haus- und Pflegearbeit (Kinder, kranke und alte Menschen) außerhalb der zweigeschlechtlichen Familienstruktur aufzuteilen. Durch Schaffung einer gemeinsamen Ökonomie werden jene, die sich um Haus und Kinder kümmern und die reproduktiven Aufgaben übernehmen nicht einseitig von ihren Partnern (oder auch Partnerinnen) abhängig. Auch in den kollektiven Strukturen muss man sich mit den Geschlechterverhältnissen, die wir alle verinnerlicht haben, befassen und versuchen, diese zu verändern. Doch das Potential ReProduktive Arbeiten in der Gemeinschaft aufzuteilen, ohne Frauen an die Arbeit im Haus zu binden, ist bedeutend größer.

Julianna Fehlinger *ist angehende Bäuerin und bei AgrarAttac aktiv.*

Land-frei-kaufen – Kollektives Landwirtschaften absichern

Landfreikaufen. Bitte was? Welches Land? Helgoland? Das schöne Land Tirol? Oder Schlaraffenland? Na, das wäre schön. Wäre doch eine ideale Basis für ein gutes Leben. Zumindest über die Nahrungsmittelproduktion bräuchten wir uns keine Gedanken zu machen. Und frei? Frei von was? Von Pestiziden und Fungiziden? Frei von der kapitalistischen Verwertungslogik, von Immobilienspekulationen, vom Wachsen oder Weichen? Und warum schon wieder kaufen? Warum nicht schenken oder sogar besetzen? Aber alles mal der Reihe nach.

Wie alles begann bzw. um was es eigentlich geht

Im September 2010 trafen sich an die 50 Menschen zum Hofkollektivetreffen am Wieserhoisl in Deutschlandsberg. Vier Tage lang wurde viel diskutiert und neue Ideen gesponnen. Eine der Initiativen, die dort ihren Ursprung hat, ist „Cosy“[1].

Während der letzten drei Jahre entwickelte sich das „Cosy“-Konzept sowie die Gruppen, die sich an der Entwicklung eines Landfreikauf-Tools beteiligten, langsam aber stetig. Nun stehen wir an einem Punkt, an dem es an die Umsetzung geht. Die Vereinsstatuten sind fertig - das Konstrukt gezimmert. Der Prozess ist jedoch nicht ein für alle Mal abgeschlossen. Im Gegenteil: Wir sind offen dafür, stetig weiter daran zu arbeiten und immer wieder neu zu diskutieren - und stehen vor allem davor, das bisher Erdachte in der Praxis (er)lebbar zu machen.

Gegen Landlosigkeit und Repression

Der Ruf nach Land wurde in den letzten Jahren auch innerhalb Europas immer lauter. Der Wunsch und die Notwendigkeit Land zu bewirtschaften wird immer drängender. Höchste Zeit, verschiedene Strategien zu entwickeln und auszuprobieren. 2012 und 2013 wurde auch in Österreich eine Strategie ausprobiert – nämlich braches Land zu besetzen um es zu bewirtschaften. Diese Versuche wurden teils mit Gewalt geräumt, die gepflanzte Vielfalt vernichtet.
Im Resonanzraum dieser Methoden suchen wir nach anderen, weniger traumatisierenden Wegen: zum Beispiel in Form des gemeinschaftlichen Landfreikaufs, wie sie von Longo Mai und Terre de liens in Frankreich oder der PAG (Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit) in Deutschland praktiziert werden.

Konzept und Ziele von “Cosy”

Drei Hofkollektive haben bisher an der Gründung eines Trägervereins gearbeitet, bei dem die Eigentumstitel der Höfe liegen werden. Dieser übergibt die einzelnen Höfe auf der formellen Grundlage einer Nutzungsübereinkunft wiederum an die jeweiligen Nutzungsvereine, die ihre Projektinhalte und Zielvorstellungen eigenständig definieren, aber gemeinsam reflektieren.

Die Ziele des Trägervereins sind folgende:
1) die Trennung von Eigentum und Nutzung; 2) dauerhaftes Freispielen von Objekten, Land und Produktionsmitteln aus dem Spekulations- und Erbschaftskreislauf; 3) die langfristige Zurverfügungstellung und Schaffung von Infrastruktur wie Höfe, Häuser, Flächen für eine kollektive und emanzipatorische Nutzung; 4) Gewährleistung eines Projekte-übergreifendenden Netzwerks, das dem Austausch und der gegenseitigen Unterstützung sowie der Beteiligung an überregionalen Entwicklungen dient.

Da die bisherigen rechtlichen Strukturen für Ideen wie diese nicht direkt ausgelegt sind, braucht es natürlich einiges an Kreativität und Zuversicht, um passende

[1] “Cosy”(collective syndicate) ist der Arbeitstitel des beschriebenen Vereins.

Rechtsformen zu finden und den ersten Schritt hin zu neuen kollektiven Prozessen zu wagen. Unter Bezugnahme auf das zapatistische Motto “fragend schreiten wir voran” möchten wir weitgehend unerprobte Lebensformen ein Stück weit realisieren.

Perspektive außerfamiliäre Hofübergaben

Auf der einen Seite gibt es also jene Menschen, die bereit und willens sind Land zu beleben und zu bewirtschaften. Andererseits wandern immer mehr Menschen aus dem ländlichen Raum in die Stadt ab. Hört sich an, als könnte das ganz gut zusammenpassen – doch ist das bisher nicht der Fall. Seit über 30 Jahren läuft der Prozess der Bodenverteilung unter dem Credo des “Wachsen oder Weichen”. Dies hat viele leer stehende Höfe ohne Grund und Boden zur Folge, die dadurch zur Bewirtschaftung gänzlich ungeeignet sind. Die Entwicklung hin zu außerfamiliären Hofübergaben ist in Österreich noch nicht sehr weit gediehen und das Vertrauen in Neueinsteiger*innen meist nicht groß genug, um die traditionelle familiäre Erbfolge zu durchbrechen. Gerade wenn keine familiären Nachfolger*innen gefunden werden können, hat dies oft die Verteilung der Grundstücke an die umliegenden Großbäuerinnen und –bauern sowie den Verfall der Wohnstätten zur Folge. Zusätzlich fehlt es in Österreich an einem Netzwerk, das Hofsuchende und Hofgebende zusammenführt.
Mit “Cosy” möchten wir nicht bloß auf die oben skizzierte Problematik aufmerksam machen. Wir möchten dazu beitragen, die bestehenden Lücken ein Stück weit zu füllen und eben Land-frei-zu-kaufen: Land im Sinne landwirtschaftlich genutzter Flächen und Immobilien; frei von der kapitalistischen Verwertungslogik – und kaufen dann, wenn wir es nicht geschenkt bekommen! Lasst uns die Kluft zwischen Hofübergeber*innen ohne interessierte Erb*innen und Landlosen gemeinsam überbrücken!

Mira Palmisano *lebt im Hofkollektiv Wieserhoisl.*
Co.sy: https://zugangzuland.noblogs.org

Rechter Rand am Land?
Für eine emanzipatorische Politik der Ernährungssouveränität

Ein Leben im Einklang mit der Natur und kleinbäuerliche Selbstversorgung sind Vorstellungen einer "heilen Welt", die oftmals auch in der Bewegung für Ernährungssouveränität großen Anklang finden. Diese Ideale sind jedoch kein "linkes" Konzept, sondern anschlussfähig für verschiedene politische Strömungen. Wo liegen die Gefahren rechter Auslegung und wo angesichts dessen die Potenziale für eine emanzipatorische Politik der Ernährungssouveränität?

Rechter Rand...?

Zunächst wollen wir uns der Frage nach dem „rechten Rand" zuwenden. Haben wir es nur mit einem Problem zu tun, das von einer kleinen gesellschaftlichen Gruppe ausgeht? Oder müssen wir nicht vielmehr unseren Blick „mitten" auf die aktuellen Entwicklungen und auf unsere Gesellschaft richten?

Christoph Butterwegge, Rechtsextremismusforscher in Deutschland, argumentiert, dass es falsch wäre, den Rechtsextremismus als „Desintegrationsphänomen", als „Jugendproblem" oder als bloßen „Protest" abzutun. Er macht drei Ursachen von Nationalismus, Rassismus und von rechter Gewalt aus: die Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die aktuelle neoliberale Durchdringung der Gesellschaft und die „Erblasten der politischen Kultur".

Die internationale Wettbewerbsökonomie spaltet die Gesellschaft dramatisch. Die daraus folgende wahrgenommene Bedrohung treibt viele Menschen dazu, andere zum eigenen Vorteil auszugrenzen. Das Soziale wird zur Belastung. Soziale Frustration und Angst (z. B. vor Statusverlust, vor „anderen") sind daher grundlegende Bestandteile der Logik dieser Konkurrenz. Dies bietet viele Anknüpfungsmöglichkeiten für die Rechte: Ein rassistischer Sprachgebrauch vereinfacht komplexe gesellschaftliche Verhältnisse und suggeriert dadurch „jedem einsichtige" und einfache

Lösungen für gesellschaftliche Probleme („Das Boot ist voll!"). Der Nationalstaat mit fixen Grenzen und der Ruf nach einem „starken Mann" versprechen vermeintliche Sicherheit. Der Hass gegen die Schwachen und Fremden erfüllt hier eine zentrale Funktion: die Logik des „wir" und der „anderen". Das Problem der extremen Rechten ist nicht die Ablehnung von herrschenden Normen („der Mitte"), sondern deren bis zur letzten Konsequenz getriebene Durchsetzung: die Beurteilung einer Person nach ökonomischer Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit, Angepasstheit und Konkurrenzfähigkeit. Dasselbe gilt für die herrschende Vorstellung der „richtigen Ordnung der Geschlechterverhältnisse". Hinzu kommt eine „Kultur des Schweigens", in der Konflikte und die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte permanent beiseitegeschoben werden.

...am Land?

Natürlich haben die beschriebenen Entwicklungen auch vor der Landwirtschaft nicht Halt gemacht. Das Konkurrenz- und Wettbewerbsdogma zeitigt viele soziale und ökologische Auswirkungen, die ganze Existenzen zerstört - nicht nur „bei uns", sondern weltweit. Wachsende Verarmung und Ungleichheit, sowie Migration (z. B. die so genannte „Landflucht") sind die logischen Konsequenzen. Innerhalb dieser unsicheren wirtschaftlichen Situation des „Wachsen oder Weichens" gibt es zunehmend auch Bäuerinnen und Bauern, die sich von rechter Ideologie angesprochen fühlen.

Regional und Ökologisch

Die Rechte spricht sich für eine regionale und ökologische Produktion aus. Biolandwirtschaft soll das eigene Volk gesund ernähren und den eigenen Boden erhalten. Die Nationalistische Partei Deutschland (NPD) agitiert beispielsweise gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft, durch die die Menschen "entfremdet und entwurzelt" werden. Unter dem Schlagwort "Umweltschutz ist Heimatschutz" werden Genmanipulation und Massentierhaltung angeprangert. Vermeintlich „grüne" Themen wie ökologische Landwirtschaft und Umweltschutz haben in der Rechten eine sehr lange Tradition - von der Völkischen Bewegung bis hin zur Blut und Boden Ideologie der Nationalsozialisten.

Der Bezug auf lokale und ökologische Produktion wird auch im Zusammenhang mit Ernährungssouveränität stark vertreten. Jedoch werden andere Konsequenzen aus diesem Prinzip gezogen. Während die Rechte in Hinblick auf Selbstversorgung innerhalb nationaler Grenzen, mit biologischer Herkunft und ethnischer Identität argumentiert, bestimmte Gruppen um ihre Rechte gebracht und ausgegrenzt werden, betont Ernährungssouveränität das Recht auf Selbstbestimmung für alle. Die etwas schwammig erscheinende Beschreibung des Rechts der „Völker" aus der Nyeleni Deklaration von 2007 stellt genau diesen Fokus auf den Nationalstaat in Frage.

Subsistenzökonomie

Ein weiterer widersprüchlicher Begriff kann die „Subsistenzökonomie" sein. Die "Produktion für das Leben", wie sie auch genannt wird, wird weltweit nach wie vor größtenteils von Frauen erledigt. Dies birgt das Potential der Ermächtigung von Frauen, unabhängig von der globalen Wettbewerbsökonomie zu sein und sich und die Familie selbst zu versorgen. Wird diese Rolle Frauen jedoch aufgrund ihres biologischen Geschlechts zwingend zugeordnet, führt dies zur Verbannung von Frauen hinter den Herd und zu ihrer Degradierung als Gebärende zum „Erhalt der eigenen Rasse". Damit wird eine patriarchale Kontrolle legitimiert und die Optimale Verwertung von Frauen in der Ökonomie sicher gestellt. Dies wird auch in der Nyeleni Europe Deklaration reflektiert, in der die Gleichberechtigung der Geschlechter und eine Überwindung des Patriarchates gefordert wird.

Recht auf Rechte statt Ausgrenzung

Rassismus in „biologischen" oder „kulturellen" Varianten beruht nicht nur darauf, dass aufgrund bestimmter Merkmale (Hautfarbe, Herkunft, Staatszugehörigkeit, Glaubensvorstellung, Geschlecht) grundlegende Unterschiede zwischen Menschen behauptet werden, sondern es geht vor allem um den Ausschluss dieser Menschen oder Gruppen von bestimmten Rechten, die sonst in einer Gesellschaft generell gelten . So sind Menschenrechte oder demokratische Rechte

beispielsweise an die Staatsbürger*innenschaft gebunden. Hieraus ergeben sich Widersprüche, die direkte Verbindung zur Landwirtschaft aufweisen. Migrant*innen werden illegalisiert und entrechtet. Zugleich wird jedoch toleriert, dass bestimmte Arbeiten hauptsächlich von undokumentierten Arbeiter*innen erfolgen. Von der Ernte bis zur Schlachtfabrik über die Reinigung und Küchen gibt es viele Orte, wo die Augen davor verschlossen werden.
In der Bewegung für Ernährungssouveränität geht es daher zuallererst um den Kampf, überhaupt das „Recht auf Rechte“ zu haben, unabhängig von ethnischer Herkunft und Staatszugehörigkeit.

Was tun?

Auch wenn ein klares „Nein!“ oftmals nur die einzige Antwort sein kann: Es reicht nicht aus, sich einzig und allein nur abzugrenzen. Es ist notwendig, die Strukturen und Ursachen der Ungleichheit und der Macht- und Herrschaftsverhältnisse anzugehen und diese zu verändern. Wenn es stimmt, dass die Ursachen „mitten unter uns“ zu finden sind, dann müssen wir auch nach den eigenen Verstrickungen und Widersprüchen fragen. Dabei ist es zentral, laufend zu reflektieren, für welche gesellschaftliche Veränderung wir uns einsetzen und welcher Platz dabei bestimmten sozialen Gruppen (z. B. Frauen oder Migrant*innen) zugewiesen wird, und inwiefern diese dabei ihre Lebensvorstellungen frei verwirklichen können.

Am Beginn der Bewegung für Ernährungssouveränität stand die Erkenntnis, dass wir unsere Agrar- und Ernährungssysteme nur in einer globalen Bewegung verändern können; wir müssen gemeinsam überall dort, wo wir leben, für diese Alternative eintreten. Gegen rechte Vereinnahmung und Propaganda kann nur das gemeinsame Reflektieren, Einmischen und aktive Eingreifen, sowie das bewusste Bearbeiten und Austragen von Konflikten helfen. Dass der Status Quo naturgegeben ist, war immer schon ein Glaube, der von der Rechten vorgebetet wurde. Wir sehen in der Gesellschaft etwas, das immer schon von Menschen gestaltet wurde und deshalb auch veränderbar ist.

gekürzte Fassung aus der Zeitschrift der ÖBV-Vía Campesina Nr.327 Nr 2/2013

***Maike Wendland, Julianna Fehlinger** und **Franziskus Forster** sind bei AgrarAttac aktiv.*

www.oeh.ac.at
facebook.com/bundesoeh
ÖH
Helpline
01/585 33 33
Beratungszeiten:
mo 15-18, mi 16-18, do 16-18
Österreichische HochschülerInnenschaft - Bundesvertretung, 1040 Wien, Taubstummengasse 7–9

Literatur, Links, Kontakte

... zum weiterlesen, vertiefen und aktiv werden!

Ernährungssouveränität, globale Landwirtschaft

- Nyeleni Österreich: www.ernährungssouveränität.at
- Uwe Hoering: Reportagen und Analysen: http://www.globe-spotting.de/
- Transnational Institue – Agrarian Justice: http://www.tni.org/work-area/agrarian-justice
- Dokumentation und Hinweise Konferenz „Food Sovereignty: A Critical Dialogue", Yale University: http://www.yale.edu/agrarianstudies/foodsovereignty/index.html
- Welternährung und globale Landwirtschaft: http://www.agrardebatte.de/
- Food Movements Unite! http://www.foodmovementsunite.org/
- Foodfirst Institute: http://www.foodfirst.org/
- Raj Patel, Blog und Homepage des Aktivisten und Forschers: www.rajpatel.org
- Dokumentation des Weltagrarberichts (IAASTD): www.weltagrarbericht.de
- Landwirtschaft in Österreich: www.bauernkonflikte.at
- Pan-African Voices for Freedom and Justice: http://www.pambazuka.org
- Food Crisis and the global land grab: www.farmlandgrab.org
- GRAIN: http://www.grain.org/front/
- Climate Justice Now! - http://www.climate-justice-now.org/
- Supermärkte: http://www.supermarktmacht.de/
- Kritischer Agrarbericht: http://www.kritischer-agrarbericht.de
- ETC Group: Who will feed us? Questions for the Food and Climate Crises: http://www.etcgroup.org/en/ node/4921
- Story of Stuff (Kurzvideo): http://www.storyofstuff.com/international/

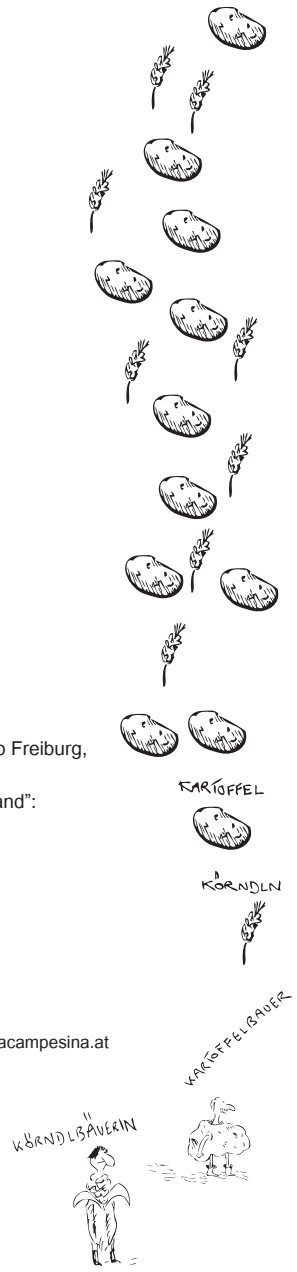
- Commons: www.commons.at und http://www.gemeingueter.de, http://commonsblog.de
- Social Innovation Netzwerk: http://www.social-innovation.org/
- Recht auf Stadt: www.rechtaufstadt.org und http://www.rechtaufstadt.net/
- Soziale und ökologische Kämpfe: http://www.transition-europe.org/

- Frauenarbeitskreis ÖBV-Vía Campesina Bäuerinnen-Block: http://www.viacampesina.at/cm3/138-baeuerinnen-block.html
- La Vía Campesina's Globale Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen: http://viacampesina.org/en/index.php/main-issues-mainmenu-27/women-mainmenu-39

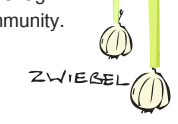
- Film Solidarische Landwirtschaft: „Die Strategie der krummen Gurken", Gartencoop Freiburg, auf www.cinerebelde.org und auf www.gartencoop.org frei zugänglich
- Broschüre "Peripherie & Plastikmeer. Globale Landwirtschaft - Migration - Widerstand": http://no-racism.net/article/2548
- Dokumentarfilm „…denn wir leben von der gleichen Luft": DVD, 45 min. OmU: dt/fr
- D 2011. Produktion: Andrea Plöger/Sabine Weber: www.timecode-ev.org

Bewegungen, Initiativen und Organisationen

- Österreichisches Forum für Ernährungssouveränität: www.ernährungssouveränität.at
- Erstes globales Forum für Ernährungssouveränität: www.nyeleni.org
- Europäisches Forum für Ernährungssouveränität: http://www.nyelenieurope.net
- La Vía Campesina: http://viacampesina.org und ÖBV-Vía Campesina Austria: www.viacampesina.at
- AgrarAttac: http://attac.at/agrar
- FIAN: www.fian.at
- Agrarbündnis Österreich: www.agrarbuendnis.at
- European Food Declaration: http://www.europeanfooddeclaration.org/declaration/de
- Österreichisches NGO-Bündnis Netzwerk Agrotreibstoffe: www.agrotreibstoffe.net



- Reclaim the Fields: www.reclaimthefields.org
- Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung: www.afrique-europe-interact.net
- Solidarische Landwirtschaft in Österreich: http://www.ernährungssouveränität.at/wiki/Solidarische_Landwirtschaft
- Weltweites Netzwerk für Solidarische Landwirtschaft: http://www.urgenci.net
- Solidarische Landwirtschaft in Deutschland: http://www.solidarische-landwirtschaft.org
- Urban Gardening und Guerilla Gardening Wien: http://ggardening.kukuma.org/
- Allianz in Deutschland: http://meine-landwirtschaft.de/
- Allianz „Wir haben es satt" Österreich: http://wirhabenessattaustria.wordpress.com/
- SoliLa!: http://solila.blogsport.eu/ und http://17april.blogsport.eu/solila/
- Österreichisches Netzwerk von Gemeinschafts-, Nachbarschafts- und interkulturellen Gärten: www.gartenpolylog.org
- Co.sy: https://zugangzuland.noblogs.org
- Wieserhoisl: www.wieserhoisl.at
- Terre de liens: http://www.terredeliens.org
- PAG: http://www.gegenseitig.de/
- Hofgründer: www.hofgruender.de
- Bodenfreikauf: http://bodenfreikauf.wordpress.com/
- Selbsterntefelder Österreich: www.selbst-ernte.at und Mundraub: www.mundraub.org
- Interaktive Karte der solidarischen Ökonomie: http://vivirbien.mediavirus.org
- Kostnix-Läden in Österreich: http://www.umsonstladen.at
- Transition Austria: http://transitionaustria.ning.com/
- Solidarische Ökonomie: http://www.solidarische-oekonomie.at/
- Bericht über die Hofkollektiv-Reise - Kontakt: agrarattac@attac.at
- Food-Coops in Österreich: http://foodcoops.at/

Bücher:

- **Bernstein, Henry** (2010): Class Dynamics and Agrarian Change. Fernwood Publishing
- **Brand, Ulrich et al.** (2012): ABC der Alternativen 2.0. . VSA Verlag
- **Borras, Saturnino M., Franco, Jennifer C.** (2012): A 'Land Sovereignty' Alternative? Towards a Peoples' Counter-Enclosure. TNI Agrarian Justice Programme Discussion Paper
- **Bové, José; Dufour, Francois** (2001): Die Welt ist keine Ware. Bauern gegen Agromultis. Rotpunktverlag
- **Choplin, Gérard / Strickner, Alexandra / Trouvé, Aurélie** (2011): Ernährungssouveränität. Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa. Mandelbaum Verlag
- **Desmarais, Annette Aurélie** (2007): La Vía Campesina. Globalization and the Power of Peasants. Fernwood Publishing
- **Demirovic, Alex et al.** (2011): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. VSA Verlag
- **Depelchin, Jacques** (2008): Hungry for a voice: The food crisis, the market, and socio-economic inequality http://www.pambazuka.org/en/category/comment/52480
- **ECVC & Hands Off the Land-Alliance** (2013): Land concentration, land grabbing and people's struggles in Europe. TNI, http://www.tni.org/briefing/update-land-concentration-land-grabbing-and-peoples-struggles-europe?context=69566
- **Habermann, Friederike** (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Ulrike Helmer Verlag
- **Hoering, Uwe** (2007): Agrar-Kolonialismus in Afrika. Eine andere Landwirtschaft ist möglich! VSA Verlag
- **Krammer, Josef; Rohrmoser, Franz** (2012): Im Kampf um ihre Rechte. Geschichte der Bauern und Bäuerinnen in Österreich. Promedia
- **Patel, Raj** (2009). "Grassroots Voices: Food sovereignty." Journal of Peasant Studies, 36(3), 663–706
- **Patel, Raj** (2007): Stuffed and Starved. The Hidden Battle for the World Food System. Portobello Books
- **Pimbert, Michel** (2009): Towards Food Sovereignty: Reclaiming autonomous food systems http://www.iied.org/natural-resources/key-issues/food-and-agriculture/multimedia-publication-towards-food-sovereignty-re
- **Holzinger, Lutz, Staudinger, Clemens** (2013): Schwarzbuch Raiffeisen. Mandelbaum Verlag
- **Wittman, Hannah et al.** (2011): Food Sovereignty. Reconnecting Food, Nature and Community. Fernwood Publishing